

Der Preis des Blattes beträgt bei freier Zustellung in Deutschland 30 Pf. im Voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 25 Pf. Für Porto nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Palast-Kassier, der Brief für Deutschland und Österreich 20.- M. Abbestellen, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Weite Straße 26.

Die wichtigsten Kongressberichte über deren Raum kostet 5.- M., einschließlich Fernversand. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Fernversand. Große Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Morgen-Ausgabe: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4625, 4649, 4923

# STREIFITZ

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Zu „Kaisers Geburtstag“

Der Friedenskaiser als Kriegsbeher

Noch heute bedienen sich die rechtsstehenden Parteien bei der Erörterung der deutschen Schuld am Ausbruch des Weltkrieges der letzten Hohenzollern-Legende, der Geschichtslüge von dem Friedenskaiser, dem die bösen Ententemächte angeblich das Schwert in die Hand gezwungen haben sollen. Diese Legende ist heute sehr leicht aus dem authentischen Material, nämlich aus Wilhelm II. Neuerungen selbst, zu widerlegen; es kann gezeigt werden, wie sehr er selbst zum Kriege gehegt hat, wie verlangend sich seine unfähige Hand nach dem gefährlichen Schwerte ausstreckte. Zugleich gestattet eine Betrachtung dieser Dokumente die Beurteilung der geistigen Fähigkeiten dieses Hohenzollern, von dessen staatsmännischer Klugheit und ehrlicher Friedensliebe die Monarchisten noch heute so überzeugt sind.

Die Ursachen, die zum Ausbruch des Weltkrieges, zur Zuspitzung der Verhältnisse und zu dem militärischen Rüstungsfieber der großkapitalistischen Länder geführt haben, sind natürlich nicht in dem Wirken eines Monarchen zu suchen. Es soll auch nicht die Aufgabe erfüllt werden, die Entwicklung, die zu jenen Situationen der beständigen Kriegsgefahr geführt hat, zu erörtern. Für den Zweck dieses Artikels wird die gefährliche Lage im Jahre 1914 als gegeben angenommen und es soll nur betrachtet werden, wie sich der „Friedenskaiser“ Wilhelm II. in dieser gefährlichen Lage benommen und zu welchem Regierungskurs er gedrängt hat. Die Betrachtung wird erweisen, daß Wilhelm II. die heftigste Kriegsbegehrte getrieben hat und ihn ein großer Teil der Schuld an dem unmittelbaren Ausbruch des Krieges in der gegebenen Situation trifft. Als Illustration der geistigen Einstellung Wilhelms II., aus der heraus er die politischen Vorgänge beurteilt, sei ein Satz aus einer Rede zitiert, die er am 27. Juli 1900 vor den nach China gehenden Truppen in Bremerhaven hielt:

„Gardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht. Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Ethel sich einen Namen gemacht, so möge der Name Deutscher jetzt in China auf tausend Jahre in einer Weise bestätigt werden, daß es niemals ein Chinese wieder wagt, einen Deutschen auch nur schief anzusehen.“

Was Wilhelm II. dazu tun konnte, auch 1914 politisch so brutal zu handeln wie König Ethel vor tausend Jahren, hat er reichlich getan. Nachdem am 28. Juni das Attentat in Sarajewo verübt worden war, sandte der deutsche Botschafter in Wien, Herr v. Tschirschky, am 30. Juni einen Bericht an den deutschen Reichskanzler, den Wilhelm II. mit seinen Randglossen versehen hat. Tschirschky teilte mit, daß er in Oesterreich vielfach den Wunsch höre, es müsse mit den Serben gründlich abgerechnet werden. Darauf die Randglosse Wilhelms: „Jetzt oder nie! Als aber Tschirschky weiter berichtet, daß er im Interesse der Erhaltung des Friedens jeden Anlaß benutze, um vor übereilten Schritten nachdrücklich zu warnen, da schreibt der friedliebende Kaiser an den Rand:

„Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist sehr dumm! Geht ihn gar nichts an, da es lediglich Oesterreichs Sache ist, was es hierauf zu tun gedenkt. Nachher heißt es dann, wenn es schief geht: Deutschland hat nicht gewollt! Tschirschky soll den Ansinn gefälligst lassen! Mit den Serben muß ausgeräumt werden, und zwar bald.“

Für die Beurteilung der Auffassung Wilhelms ist es auch nötig, zu wissen, wie er die serbische Nation bewertete. Er bemerkt einmal wörtlich wegen des österreichischen Ultimatums, eine nationale Würde Serbiens gebe es nicht. Ein andermal sagte er von Serbien: „Es ist kein Staat im europäischen Sinn, sondern eine Räuberbande.“ Und endlich schrieb Wilhelm auf ein Telegramm aus Belgrad vom 24. Juli, also unmittelbar vor Kriegsausbruch: „Nur letzte auf die Füße des Gefindels getreten!“ Es leuchtet wohl ein, daß man diese Sprache Wilhelms nicht gerade als den Ausdruck einer Friedensliebe oder einer Sprache einschätzen kann, die von einer Auffassung der Gleichberechtigung aller Nationen zeugt. Die Randglossen Wilhelms II. auf den verschiedenen Dokumenten erweisen aber nicht nur, daß Wilhelm II. etwa aus militärischer Befangenheit zum Kriege gehegt hat, ohne die Folgen seiner Handlungsweise wenigstens selbst von seinem Standpunkte zu kennen, sondern sie zeigen auch, daß er von vornherein zu denken unterrichtet war, welche Staaten durch das Vordringen Oesterreichs, zu dem Wilhelm besonders ermunterte, in den Krieg gezogen werden könnten. Der österreichische Botschafter in Berlin, Graf Szögyeny, berichtet über sein Gespräch mit Wilhelm am 5. Juli, daß Kaiser Wilhelm die Meinung geäußert habe, mit der Aktion gegen Serbien dürfe nicht zu lange gewartet werden. Rußlands Haltung werde jedenfalls feindselig sein, doch sei er hierauf schon seit Jahren vorbereitet, und sollte es zu einem Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland kommen, so könnte Oesterreich davon überzeugt sein, daß Deutschland in gewohnter Bundesstreue an seine Seite treten werde. Kaiser Wilhelm erklärte, daß er es betonen werde, wenn Oesterreich den jetzigen so günstigen Moment unbenutzt ließe.

#### Neue Liebesgaben für die Agrarier

##### Die geplante Steigerung der Getreidepreise

Die ungeheure Aufregung, die in den Massen der Bevölkerung über die bisherige preissteigernde Ernährungspolitik der jetzigen bürgerlichen Regierung entstanden ist, ist durch die Mitteilung über die geplante neue gewaltige Steigerung der Getreidepreise wesentlich vergrößert worden. Während sich die Lage aller Einkommensempfänger jeden Tag verschlechtert, suchen die Agrarier ohne irgendwelche Rücksicht auf die Not dieser Schichten eine Steigerung der Preise und somit ihrer Gewinne durchzusetzen. Das ist um so empörender, als sie gleichzeitig auch am Werke sind, eine Milderung der Besitzsteuer zu ihren Gunsten durchzusetzen, obwohl sie ohnedies nie die Steuerbeträge für den Staat geleistet haben, die insbesondere die Lohnempfänger seit Jahren entrichten mußten. Zu der Mitteilung über die neue Erhöhung der Getreidepreise teilt die Presse mit, daß diese Erhöhung noch nicht beschlossen sei. Daß diese Erhöhung bereits beschlossen sei, ist aber überhaupt nicht behauptet worden. Dieser Versuch, den Sachverhalt zu entstellen, zeigt deshalb ganz deutlich das böse Gewissen der Urheber dieser Pläne, die die ihnen unangenehme Veröffentlichung in ihrer Wirkung abzuschwächen suchen.

Das aber wird ihnen nicht gelingen. Das offiziöse Dementi kann nicht bestreiten, daß die Absicht im Reichs-ernährungsministerium besteht, eine solche ungeheuerliche Heraussetzung der Getreidepreise vorzuschlagen. Daß es dabei in Uebereinstimmung mit den agrarischen Parteien des Reichstags handelt und ihrer Unterstützung sicher zu sein glaubt, ist eine Selbstverständlichkeit.

Die Arbeiter, Angeestellten und Beamten müssen deshalb sofort gegen diese Absicht den entschiedensten Protest erheben. Würde es den Agrariern gelingen, in einer Zeit der beginnenden Produktionskostenverminderung den Getreidepreis um 40 Prozent zu steigern, so würde das nichts anderes bedeuten, als daß ihre eigene Bereicherung durchgesetzt wird auf Kosten einer gewaltigen Steigerung der Kostlage der Massen.

Aber auch die Gemeinden würden durch diese neue Belastung der städtischen Bevölkerung ungeheuren Schwierigkeiten ausgesetzt werden. Es ist deshalb nötig, daß unsere Genossen überall sofort die Gemeindeförperschaften zum Protest gegen diese agrarischen Absichten aufrufen.

##### Die Pariser Konferenz

Das Orientproblem

Paris, 26. Januar (Savas).

Der regulären türkischen Regierung wird es freier stehen, sich mit der nationalistischen Regierung von Angora ins Benehmen zu setzen, um nach getroffenem Uebereinkommen eine einzige osmanische Delegation für die Londoner Orientkonferenz zu bilden.

Da die österreichische Regierung, gestützt auf die deutsche Zusicherung, durch das bekannte Ultimatum sehr brüsk gegen Serbien vorging, so war von vornherein mit einem Hineinziehen anderer Nationen in den Krieg zu rechnen. Zum Beweise dafür, daß man in Berlin vollkommen über die Art und Weise des österreichischen Vorgehens unterrichtet war, sei mitgeteilt, daß der Botschafter Tschirschky am 8. Juli aus Wien berichtete, man habe sich entschlossen, die österreichischen Forderungen an Serbien so einzurichten, daß deren Annahme ausgeschlossen erscheine. Bevor das Ultimatum formuliert war, berichtete der deutsche Botschafter wiederholt über die Verhandlungen innerhalb der österreichischen Regierung. Es zeugt wiederum für die eigenartige Friedensliebe Wilhelms II., daß er es gar nicht erwarten konnte, bis dieses Ultimatum endlich fertiggestellt und überreicht wurde. Wiederholt machte er auf die Berichte seines Botschafters Glosien, in denen er seiner Ungeduld lebhaften Ausdruck verlieh. Als Tschirschky mitteilte, daß der Graf Berchtold darüber nachsinne, welche Forderungen man stellen könne, die Serbien eine Annahme völlig unmöglich machen würden, bemerkte Wilhelm II. am Rande: „Den Sandschak räumen! Dann ist der Krakeel sofort da!“ Wilhelm II. spornte also die österreichische Regierung fortgesetzt an, dafür zu sorgen, daß der Krakeel (dieses Wort erachtete wohl der Friedenskaiser als die beste Bezeichnung für den Ausbruch eines so entsetzlichen Krieges) möglichst bald losgehen möchte.

Bei einer solchen Auffassung der politischen Lage mußten Wilhelm II. natürlich alle Versuche einer Vermittlung zwischen Oesterreich und Serbien sehr unwillkommen sein. So schrieb er z. B. auf den Bericht des deutschen Militär-Bevollmächtigten in Petersburg, Schelus, der mitteilte, die

In Griechenland soll der status quo gemäß den Entschlüssen der Londoner Konferenz vom 8. 12. erhalten bleiben. Die alliierten Gesandten in Athen werden auch weiterhin keine offiziellen Beziehungen mit König Konstantin unterhalten. Auch die finanzielle Hilfe der Alliierten bleibt suspendiert.

Bei der Beratung der türkischen Frage legten nacheinander Graf Sforza, Lord Curzon und Briand ihre Auffassung dar; die Rückkehr König Konstantins, die Entwicklung der nationalistischen Bewegung, die Befürchtung, daß die türkischen Nationalisten sich mit den russischen Bolschewisten verbünden könnten und die jüngste Erfolglosigkeit der griechischen Truppen in Kleinasien werden als Gründe in den Vordergrund gestellt, um eine neue Aktion der Alliierten zu rechtfertigen.

##### Die Vormittags Sitzung

Paris, 26. Januar.

Ueber die heutige Vormittagsitzung der Konferenz ist folgendes offizielles Communiqué ausgegeben worden: Die Konferenz nahm um 11 Uhr ein Exposé des Ministers Doumer über die Reparationsfrage entgegen. Es wurden seitens der Mitglieder der Konferenz nähere Aufklärungen verlangt, die der französische Finanzminister beizubringen versprach. Er wird ergänzende Dokumente liefern. Sobald die Mitglieder der Konferenz Kenntnis von diesen Dokumenten genommen haben, wird die Reparationsfrage wiederum auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden.

Wie Savas berichtet, hat Marschall Foch heute vormittag dem Sekretariat der Konferenz den Bericht der interalliierten militärischen Kommission von Versailles über die Entwaffnungsfrage überreicht.

##### Englische Pressestimmen zur Ententekonferenz

Zur Pariser Konferenz schreibt die „Times“ in ihrem Leitartikel: Die wahren Freunde der Entente haben den Bericht über den ersten Verhandlungstag mit Ueberraschung und Bedauern aufgenommen. Von der gegenseitigen Haltung der Alliierten in der Entschädigungsfrage hängen die wahren Beziehungen zueinander für Jahre hinaus ab. Das Blatt schreibt: Was soll aus der Entwaffnungsfrage und der Entschädigungsfrage sowie aus dem gesamten Friedensvertrag werden, wenn die Entente eine Abfälligkeit erleidet? Englands beste Freunde sind keine französischen Verbündeten.

„Daily News“ schreibt: Es ist auch Zeit, zu bestimmen, wieviel und wie Deutschland bezahlen soll, um die für die Sicherstellung der Zahlung notwendigen Schritte zu tun. Wenn die von Deutschland zu zahlende Gesamtwiedergutmachungssumme auf etwa 5 Milliarden Pfund Sterling festgelegt wird, so wird das britische Reich mehr als eine Milliarde Pfund Sterling erhalten, da es Anspruch auf 22 Prozent der Gesamtschädigungssumme hat. Bei dem augenblicklichen Stand der britischen Finanzen und der Steuerlage würde diese Summe oder die Sicherheit, eine solche Summe zu erhalten, eine Gottesgabe sein und die Bezahlung der eine Milliarde Pfund Sterling betragenden Schuld Großbritanniens an Amerika ermöglichen. Im übrigen spricht sich das Blatt zurückhaltend über die Pariser Konferenz aus und beschränkt sich hauptsächlich auf die Wiedergabe der offiziellen Berichte.

beiden strittigen Punkte könnte Serbien ohne Gefahr einer Revolution einfach nicht annehmen: „Kann sich Oesterreich nicht darauf einlassen!“ Und auf die Äußerung des russischen Fürsten Trubezkoi, er glaube, daß der deutsche Kaiser Oesterreich den Rat geben werde, den Bogen nicht zu überspannen, bemerkte Wilhelm II.: „Das sind vage Phrasen, um die Verantwortung auf mich zu schieben. Das lehne ich ab!“ Ebenso bezeichnete Wilhelm II. die Idee, durch einen Saager Schiedspruch die strittigen Punkte entscheiden zu lassen, wörtlich als „Blödsinn“. Noch viel drastischer und deutlicher sind die Randglossen Wilhelm II. auf den Berichten des Fürsten Lichnowsky. Als dieser schrieb: „Ich beuge hierbei der Erwartung, daß es unserm Einfluß gelungen ist, unerfüllbare Forderungen zu unterdrücken“, bemerkte Wilhelm II.: „Wie läme ich dazu! Geht mich gar nichts an! Was heißt unerfüllbar? Die Kerle haben Agitation mit Nord getrieben und müssen geduckt werden! Das ist eine ungeheuerliche britische Unverschämtheit. Ich bin nicht bereit, à la Grey dem österreichischen Kaiser Vorschriften über die Wahrung seiner Ehre zu machen.“

Wilhelm II. betrachtete den Krieg also lediglich als ein Unternehmen, das die von der „Räuberbande“ angegriffene Ehre des österreichischen Kaisers wiederherstellen sollte. Als daher Fürst Lichnowsky berichtete, daß für den Fall einer gefährlichen Spannung nach Greys Vorschlag die vier nicht unmittelbar beteiligten Staaten: England, Deutschland, Frankreich und Italien, zwischen Rußland und Oesterreich die Vermittlung übernehmen sollten, schrieb Wilhelm II.: „Ist überflüssig, da Oesterreich schon Rußland orientiert hat. Ich tue nicht mit, nur wenn Oesterreich mich ausdrücklich darum bittet, was nicht wahr-



scheinlich. In Ehrenfragen konsultiert man andere nicht." Wilhelm II. sagte damit wiederum, daß er einmal diesen Krieg als ein zur Wiederherstellung der österreichischen "Ehre" notwendiges Unternehmen betrachtete, zum anderen betonte er, daß er bei einer Vermittlung der unbeteiligten Staaten nicht mittun wolle. In dieser bräunlichen Form hat Wilhelm II. in jenen kritischen Wochen jede Möglichkeit einer friedlichen Verständigung zurückgewiesen. Diese geschichtlich verbürgte Tatsache, die sich aus vielen zahlreichen Äußerungen des "Friedenskaisers" belegen läßt, bedeutet das beste Urteil über seine "Friedensliebe". Daß aber Wilhelm II. auch die offenbare Lüge nicht scheute, dafür sei noch eine Äußerung von ihm angeführt. Am selben Tage, an dem um 1 Uhr nachmittags die Kriegserklärung nach Petersburg gesandt worden war, schickte Wilhelm II. noch ein Telegramm an seinen "geliebten Nady", ein Telegramm, in dem er schreibt: "Ich muß auf das ernste von Dir verlangte, daß Du unverzüglich Deinen Truppen den Befehl gibst, unter keinen Umständen auch nur die feinste Verletzung unserer Grenzen zu begehen." Es braucht wohl nicht betont zu werden, daß man sich in Rußland über die Bedeutung dieses Telegramms sehr gewundert hat, das so viele Stunden nach der Kriegserklärung eintraf!

Die rechtsstehenden Parteien werden bei ihrer monarchistischen Propaganda, besonders wenn es sich um die Diskussion über die Folgen des Krieges handelt, nach wie vor an der Hohenzollern-Legende von dem "Friedenskaisers" festhalten. Um so mehr muß es unsere Aufgabe als Sozialisten sein, durch die Aufklärung über die tatsächliche Rolle Wilhelms II. in den Abgrund menschlicher Verworfenheit hineinzuleuchten, den dieser heidenhafte Hohenzoller darstellt. Die preussischen Landtagswahlen bieten dazu eine gute Gelegenheit.

## Das Einkommensteuergesetz

### Die Beratungen des Steueraussschusses

Zu Beginn der Sitzung wurde die von der Regierung beantragte Forderung des § 13 Abs. 7 erörtert, wonach Beiträge an Kulturverbänden, mildtätige, gemeinnützige und politische Vereinigungen bis zu 10 vom Hundert des Einkommens abzugsfähig sind. Während die Abg. Dr. Becker, Hesse, Helfferich und Böhm die Streichung beklagten, trat Gen. Vitz für sie ein. Die Mildtätigkeit werde niemanden verwerft, aber sie dürfe nicht auf Kosten des Reichs bestritten werden, sondern nur aus dem eigenen Geldbeutel. Die Wohlfahrtspflege sei Aufgabe der öffentlichen Körperschaften. Die Abzugsfähigkeit von Beiträgen für diese Zwecke könne nur gewisse Einrichtungen, nicht aber immer die, deren Aufrechterhaltung aus allgemeinen Gründen notwendig sei. Die Bestimmung müsse auch der Umgehung Tür und Tor. Wollig unannehmbar sei die Freilassung von Beiträgen für politische Vereinigungen. Dadurch würden nur unangehörige Summen für Wahlpropaganda auf Kosten der Allgemeinheit bestritten. Auch der Abg. Keil wandte sich gegen die Abzugsfähigkeit der Beiträge für politische Vereine. Die Abstimmung wurde ausgesetzt bis zur Vorlage einer neuen Fassung des Paragraphen durch die Regierung.

Die Absichten der bürgerlichen Parteien werden immer deutlicher. Neben dem Abbau der Einkommensteuern wollen sie auch die Beratung der jetzt dem Steueraussschuß des Reichstags vorliegenden Novellen zum Reichseinkommensteuergesetz zu Änderungen der Steuerfüße der Besitzenden benutzen. Sie sehen alle ein, daß die durch den Lohnabzug auf Arbeiter, Angestellte und andere Selbstbedienstete gewährte Steuererleichterung, soweit sie Steuerbefreiungen hinterlassen hat, so hoch ist, daß an die Einziehung der Steuerbefreiungen nicht gedacht werden kann. Man ist sich deshalb im allgemeinen darüber einig, daß die Steuerbefreiungen gestrichen werden müssen. Nur über das wie bestehen Meinungsverschiedenheiten.

Zeigte sich das schon in der ersten Sitzung des Steueraussschusses, so wurde es noch deutlicher in der Sitzung am Mittwoch. Herr Helfferich vertrat ganz ungeniert den Standpunkt, daß der Veranlagung der Lohnempfänger das Einkommen des Jahres 1919 zugrunde gelegt werden soll, wodurch das gelegene Einkommen der Besitzenden völlig unberührt bleiben würde. Daß das aber gerade seine Absicht ist, bestätigte er durch den Zwischenruf, das Einkommen der Lohnempfänger sei ja schon durch den Lohnabzug getroffen.

Es wird dann einstimmig eine Entschließung angenommen, nach der die Reichsregierung dem Ausschuss Material vorzulegen hat:

a) in welcher Weise der Lohnabzug auf eine Lohnsteuer ausgestaltet werden kann, die bei geringerem Einkommen an die Stelle der Einkommensteuer tritt, und etwa 10 Prozent nicht überschreitet;

b) wie der geltende Einkommensteuertarif abzuändern wäre, um ihn dem Tarif der Lohnsteuer anzupassen und um die veränderten Geld- und Wirtschaftsverhältnisse zu berücksichtigen;

c) wie die Veranlagung und Erhebung der Einkommensteuer zur Ausgleichung an die Lohnsteuer zu gestalten wäre.

Die "Kote Fahne" brachte kürzlich eine Mitteilung, wonach innerhalb sechs Wochen die Steuerreste nachgezahlt werden sollen, also die Beträge, die von den Lohnempfängern nach ihrer Veranlagung noch über den Steuerabzug hinaus gefordert werden sollen. Diese Nachricht ist irreführend. Wie aus dem obigen Bericht hervorgeht, besteht Uebereinstimmung darüber, daß an die Einziehung dieser Steuerreste nicht gedacht werden könne. Die bürgerlichen Parteien wollen allerdings versuchen, bei dieser Gelegenheit für die von ihnen vertretenen Klassen Vorteile herauszuschlagen. Unsere Parteigenossen werden selbstverständlich dafür sorgen, daß diese Absicht nicht verwirklicht wird. Die Streichung der Steuerbefreiungen muß erfolgen; darüber hinaus muß endlich die Steuerhölle gegen die besitzenden Klassen rücksichtslos angezogen werden!

## Die Abstimmung in Oberschlesien

Die von uns gerügten Uebertreibungen bei der Propaganda für die Abstimmung in Oberschlesien haben jetzt endlich nachgelassen. Die beteiligten Stellen scheinen eingeschlagen zu haben, daß sie den deutschen Spielbürgern die Reise ins Abstimmungsgebiet nur vorsehen, wenn sie ihnen fortwährend von polnischen Gewalttaten in Oberschlesien erzählen. Wir haben wiederholt festgestellt, daß sowohl von deutscher wie von polnischer Seite in Oberschlesien gefühligt wird, und daß man die mancherlei Zwischenfälle, die sich in Oberschlesien ereignen, nicht lediglich auf die polnische Verhöhnung zurückführen darf. Auch die lange Zeit dort geduldeten deutschnationalistische Propaganda hat viel zur Verschärfung der Gegensätze beigetragen.

Vor einigen Tagen hat der Reichsminister Dr. Simons einem Vertreter des polnischen Bureaus erklärt, er hoffe bestimmt, daß die interalliierte Kommission, die ihr Recht in Oberschlesien stets zu wahren bestrebt war, auch die Pflicht mit allem Ernst und Nachdruck erfüllen werde, jede Störung der Vorbereitungen und der Abstimmung zu verhindern. Die Reichsregierung werde es ihrerseits an nichts fehlen lassen, um auf die Herbeiführung geordneter Verhältnisse in Oberschlesien hinzuwirken und eine ruhige Abstimmung in Oberschlesien zu sichern. Auch der "Vormarsch" fühlt sich genötigt, andere Seiten anzuschlagen und gegenüber der auch von seinem Blatte unterstützten Verhöhnung der ober-

schlesischen Bevölkerung den Abschied zu geben.

Wir weisen bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Frist für die Eintragung in die Abstimmungslisten am 3. Februar abläuft. Es sind überall Organisationen geschaffen worden, bei denen die Stimmberechtigten ihre Anträge vorlegen können. Die in der Tagespresse veröffentlichten Inserate geben darüber näheren Aufschluß.

Zwischen dem deutschen Bevollmächtigten in Opatow und dem Vertreter der polnischen Regierung bei der interalliierten Kommission ist eine Uebereinkunft getroffen worden, dahingehend, daß den im polnischen Staat wohnenden deutschstämmigen Oberschleslern bei der Vorbereitung für die Abstimmung und bei der Reise zur Abstimmung selbst seitens der polnischen Behörden keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden dürfen. Ebenso ist die Verbindung zwischen dem deutschen Plebiszitkommissariat und den deutschen Abstimmungsorganisationen in Polen sichergestellt worden.

Von deutscher Seite ist zugesichert, daß, wie schon bisher geschehen, auch die in Deutschland wohnenden Stimmberechtigten polnischen Stammes in der Ausübung ihres Stimmrechtes nicht beschränkt werden. Ebenso ist deren Verkehr mit dem polnischen Plebiszitkommissariat unter den gleichen Bedingungen wie in Polen zugesagt worden.

## Unruhe unter den Bergarbeitern

Das "3 Uhr-Abendblatt" bringt eine längere Meldung über die wachsende Unruhe in den Bergarbeiterkreisen. In Weidenburg würden seit mehreren Tagen keine Ueberschichten mehr verfahren und es bestehe die Gefahr, daß auch im Ruhrgebiet die Bergarbeiter nicht länger die Ueberschichten leisten wollten. Die Ursache für diese Erregung unter den Bergarbeitern rührt daher, daß die Regierung die Versprechungen auf Lieferung von billigen Lebensmitteln, besonders von Fett zu niedrigerer Preise, nicht einhält. Die Geldmarktpremie, die lediglich den Bergarbeitern zugute kommen solle, werde teilweise für andere Zwecke verwendet. Schuld an diesen Verhältnissen, so meint das Blatt dazu, sei wiederum das planlose und wenig zielbewußte Nebeneinanderarbeiten verschiedener Reichsstellen, und zwar des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsernährungsministeriums.

Es ist falsch zu glauben, daß es sich um planlose Handlungen der Reichsstellen handelt. Vielmehr ist die Regierung dabei, die Preise für die wichtigsten Lebensmittel noch weiter zu erhöhen und so völlig planmäßig den Agrariern neue Milliardengewinne in den Schoß zu werfen. Während auf dem Weltmarkt die Preise für Getreide und für andere wichtige Bedarfsmittel wesentlich gefallen sind, will die Regierung darum die Inlandspreise noch wesentlich erhöhen.

Selbst wenn die Regierung durch die Annahme der Forderungen der Bergarbeiter deren augenblickliche Erregung beschwichtigen würde, so können dadurch geregelte Verhältnisse im Bergbau für die Dauer nicht hergestellt werden. Sie sind nur zu erzielen durch die schnellste Sozialisierung des Bergbaues, nur dadurch, daß man die Kapitalisten aus dem Produktionsprozeß ausschaltet und die Produktion der Kontrolle der Organe der Arbeiterschaft unterstellt. Diese Forderung muß bei dieser Gelegenheit erneut und mit allem Nachdruck erhoben werden!

## Deutschnationale und Oberbürgermeisterwahl

Nach tagelangem aus der Verlegenheit geborenem Schweigen wird nun doch die deutschnationale Presse gezwungen, zu der Abstimmung ihrer Freunde bei der Oberbürgermeisterwahl Stellung zu nehmen. Sie veröffentlicht eine Notiz der "Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei", in der nach der Aufzählung von allerlei Entschuldigungen gesagt wird:

"Immerhin wird man im Zweifel sein müssen, ob eine Entschädigung deutschnationaler Studierordnen für Wehr zweckmäßig war und in der Richtung der deutschnationalen Kampfpolitik lag, und diese Zweifel werden in weitesten Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei geteilt."

Das ist eine deutliche Verurteilung der Haltung der deutschnationalen Katastrophopolitiker in Berlin. Besonders wenn man genau weiß, daß es nicht fraglich ist, ob Deutschnationale für Wehr gestimmt haben, wie die "Dn. Kor." behauptet. Diese Tatsache steht trotz der geheime Abstimmung fest, wofür die deutschnationale Presse auf Anfrage leicht durch den Führer der deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion, Dr. Steiniger, die Bestätigung erhalten kann.

## Silflose Fälscher

In der Dienstagmorgenausgabe fälscht die "Kote Fahne" das Ergebnis einer Aussprache zwischen Fraktionsmitgliedern der A. P. D. und U. S. P. über eine Interpellation wegen Arbeitslosigkeit und Aussperrung zu einer Niedertracht gegen unsere Partei um. In der Sitzung mühten sich die Kommunisten sagen lassen, daß ihre Interpellation mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß steht, daß sie unverantwortlich ist, soweit eine Arbeitslosenunterstützung gefordert wird in gleicher Höhe des Arbeitslohnes und daß sie obendrein opportunistisch ist. Zu allem Ueberflus wurde ihnen nachgewiesen, daß die Aussperrungen vielfach eine Folge davon sind, daß über die Organisationen hinweg kommunistische "Aktionen" versucht wurden. Wie hilflos muß doch eine Partei sein, die in solchen "Aktionen" unterlegend nach der Regierung des Klassenstaats als Ketter ruft!

Daß die "Kote Fahne" dabei noch die Dreifaltigkeit verzapft, von unserer Seite sei die Unterzeichnung der kommunistischen Interpellation abgesehen worden mit der Begründung, "den Unternehmern sei verschiedentlich unrecht geschehen", gehört zum üblichen Waffenarsenal der Berliner Lügenzentrale. Die Fälschung ist aber ein Beweisstück mehr dafür, wie der offene Brief der A. P. D. in Wirklichkeit aufzufassen ist.

Marshall Pilsudski kommt auch nach Berlin. Nach Meldungen aus Warschau, wird Marshall Pilsudski seine Reise nach Paris über Polen und Berlin unternehmen. Pilsudski trifft voraussichtlich am 1. Februar in Berlin ein und wird von der dortigen polnischen Kolonie feierlich empfangen werden.

Frankreichische Kommunistenbege. Bei einer Kamra der Pariser Polizei wurden 700 Personen verhaftet, von denen der größte Teil im Verdacht steht, kommunistische Propaganda zu betreiben. Die Polizei in der Provinz hat ebenfalls strenge Weisungen erhalten, mit der größten Schärfe gegen die bolschewistischen Agitatoren vorzugehen.

Betriebsbesetzungen in Belgien. Nach dem Brüsseler "Peuple" haben die Arbeiter in Bisseghem in Westflandern Besitz von einer Fabrik ergriffen. Ein ähnlicher Zwischenfall hat sich in Chateleineu ereignet und zwar schon am 15. Januar. Die Tatsache ist aber bis jetzt, wie "Journal de Bruxelles" feststellt, nicht bekannt geworden.

Der Regierungsterror in Spanien. Hatas meldet, daß in Barcelona 153 gewerkschaftlich organisierte Personen verhaftet worden sind. In Valencia sind zwei Syndikatslisten, die auf dem Wege zum Gefängnis entflohen waren, von Gen darmen getötet worden.

## Wie eine Partei verschoben wurde

Die "Kote Fahne" verübete triumphierend die Vereinigung der Danziger U. S. P. mit den dortigen Kommunisten. Von einer Vereinigung kann gar keine Rede sein, sondern höchstens von einer Abspaltung. Wie diese zustande gekommen ist, geht aus der folgenden Schilderung eines westpreussischen Genossen hervor:

Im November 1920 lehnte der Parteitag der U. S. P. Danzig den Anschluß an Moskau mit Dreiviertelmehrheit ab. Kurz nach wurde von den Befürwortern des Anschlusses mit Hochdruck gearbeitet. Sie bildeten in der Partei ihre kommunistische Zelle, hielten gefonderte Versammlungen ab und stellten die Zeitung, die sich im Privatbesitz eines der Befürworter befand, planmäßig auf den Kommunismus ein. Nachdem so vorgearbeitet war, rief der kommunistisch orientierte Landesvorstand nochmals einen Parteitag zusammen, zu dem die Wahlen gemacht wurden. Während zum Beispiel im ersten und zweiten Danziger Bezirk über 400 Mitglieder organisiert sind, kamen 31 zur betreffenden Versammlung. Von diesen 31 haben 28 Versammlungsteilnehmer vier Delegierte, natürlich Moskauer Richtung, gewählt. Der Landesvorstand der U. S. P. Danzig bestellte den Kommunisten Stoecker aus Berlin als Referenten für den Anschluß. Der Zentralvorstand der U. S. P. sollte um Bestellung eines Korreferenten angegangen werden. Ein solches Gesuch ist dem Zentralkomitee der U. S. P. aber nie unterbreitet worden. Schließlich wurde der Parteisekretär Genosse Nau, der infolge der kommunistischen Treiberen seinen Posten niedergelegt hatte, als Korreferent bestellt.

Der Parteitag vollzog sich ganz unter kommunistischer Regie. An Stelle Stoeckers war Wegmann von der Berliner Münzstraße-Zentrale gekommen. Er sprach in eintöniger leudener Weise über die verhandelten Dinge, jüdische Bebel, Kautsky, Rosa Luxemburg, kritisierte das U. S. P. Zentralkomitee und rechts fertigte den Terror. Er leitete sich dabei die Unvorstellung, daß die Unabhängigen bereit seien, mit den Konservativen eine Einheitsfront gegen den Terror zu bilden. Sein Referat brachte alles mögliche, nur was man hören wollte, die 21 Bedingungen, wurden nicht mit einem Wort erwähnt, obwohl sie doch eigentlich im Mittelpunkt des Ganzen hätten stehen müssen.

Genosse Nau trat den Ausführungen Wegmanns in glänzender Weise entgegen. Besonders wirkungsvoll war seine Rede als er mittelte, Kahn und Kaul (die beiden Kommunisten Hauptlinge) hätten erklärt, die A. P. D. führe den Danziger Unabhängigen für den Fall des Anschlusses Autonomie zu. In Halle wurde die Autonomie von den Russen abgelehnt, rief Nau. Welch freudvolles Spiel ist da mit der ganzen Unabhängigen Partei getrieben worden, wenn sie nicht das erhebt, was man der kleinen Danziger Partei gewöhnen will." Die Diskussion, in der meist nur Anhänger der Moskauer Internationale zu Wort kamen, wurde in die tiefsten Niederungen herabgezerrt, nachdem die Aussprache durch das Referat von Nau erst zur sozialistischen Höhe gehoben war.

Nachdem die Abstimmung, die 75 Stimmen für den Anschluß und 9 dagegen ergab, beendet war, gab Genosse Nau die Erklärung ab, daß diejenigen, die für die Resolution der dritten Internationale gestimmt hätten, sich außerhalb der Partei gestellt hätten. Die Unabhängige Sozialdemokratie bestehe nach wie vor weiter. Sie betrachte sich als die Rechtsnachfolgerin der bisherigen Organisationen, wolle aber Entgegenkommen beweisen und in eine sachliche Auseinandersetzung über das Parteivermögen eingehen. Unsere Genossen verließen das Lokal und traten an anderer Stelle sofort zu einer Sitzung zusammen, in der die notwendigen Vorbereitungen zur Reorganisation der Partei besprochen wurden. Dabei wurde festgestellt, daß die alten Genossen fast vollständig der Partei die Treue halten und daß die Danziger Kommunisten trotz der Uebermacht auf dem Parteitage nicht die Masse der Organisationen hinter sich haben. Die neugebildeten Kommunisten hielten mit den alten Kommunisten, die sofort bei der Hand waren, an Ort und Stelle einen Verschmelzungsparteitag ab.

In Wirklichkeit hat sich die Danziger U. S. P. also nicht mit den Kommunisten vereinigt, sondern die Abspaltung eines Teiles ihrer Mitglieder wurden nach allen Regeln kommunistischer Spaltungstaktik geschoben.

## Kriegsbeschädigtenfürsorge

Der Ausschuss des Reichstages für Kriegsbeschädigtenfürsorge erörterte Mittwoch das Geschäftsbereich der Versorgungsämter und den sehr hohen Kostenaufwand derselben im Betrage von mehr als einer halben Milliarde Mark, sowie das Verhalten eines Teils der Angestellten und Beamten, die mit dem Verbrennen der Alten gedroht hätten.

Zur Verbesserung der Rentenbezüge ist ein gemeinsamer Antrag der Parteien vorbereitet mit folgendem Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu erlauben: unverzüglich Schritte zu unternehmen, von der im § 87 des Reichs-Versorgungsgesetzes erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen und

1. die Teuerungszulage mit Wirkung vom 1. Januar 1921 um 10 vom Hundert zu erhöhen;
2. im § 45 Abs. 2 den Betrag von 1500 Mark auf 3000 Mark zu erhöhen;
3. die Stufen des einkommensteuerpflichtigen Einkommens (§ 63 Abs. 1 Ziffer 1) je um 2000 Mark zu erhöhen.

Weiterberatung Donnerstag.

## Eisenbahnunglück in Thüringen

Erfurt, 26. Januar.

Heute nachmittag gegen 2 Uhr fuhr auf dem Güterbahnhof, wie die "Thüringer Allgemeine Zeitung" erzählt, der Personenzug Nr. 615 einem Güterzug in die Flanke. Hierbei wurden beide Lokomotiven schwer beschädigt und einige Abteile eines Personenzuges eingedrückt.

Nach dem amtlichen Bericht sind vierzehn Personen, darunter einige Schüler, schwer verletzt worden. Todesfälle sind nicht vorgekommen. Der Materialschaden ist groß.

Sitzungen der interalliierten Edekommission. Die interalliierte Edekommission hat am 24. und 25. Januar Sitzungen abgehalten. Sie hat den Bericht der diesmaligen Tagung einer Vertreter Deutschlands, dem Gesandten Seeliger, überträgt und hat sodann ein Generalsekretariat aus den Angehörigen aller Delegationen für die Dauer der Tagung eingesetzt und endlich über die allgemeinen Grundzüge der zu schaffenden Akte verhandelt, insbesondere über den Umfang des Fluggebietes.

Russischer Druck auf Georgien. Die Sowjetregierung gibt bekannt, daß sie Georgien kein Kapitula mehr leisten will, weil Georgien folgende Vertragsbrüche begangen habe: 1. Verletzung der Schiffe der Branagellotte, die georgische Häfen angelaufen haben, an Rußland auszuliefern; 2. weitere Verletzung georgischer Kommunisten, trotzdem Georgien zu deren Freilassung vertraglich verpflichtet war; 3. Unterbindung der Transitverkehre nach Rußland; 4. Zulassung der Verhaftung eines russischen Kuriers in Batum und 5. Verleumdung der russischen "Kahne" in Batum. — Die Regierung von Georgien hat beschlossen, das Eigentum der russischen sozialistischen Parteilisten Sowjet-Republik und der Republik von Wereldschan in Georgien zu konfiszieren. Am 17. Januar verlegten die amte einer besonderen Behörde von Georgien alle Niederlagen der Sowjetrussischen Zentralkommission und die Kassen und beschlagnahmten alle Waren der Republik.

Kuge Wahl. Aus Paris wird gemeldet: Die Kammer wählt zu Vizepräsidenten die beiden früheren Kriegsminister Raiberti und Leseyre.



# Das Wanderungsproblem

## Die Heidenraten des „Demokraten“ Koch

Vor einigen Tagen hat sich der Hauptausschuß des Reichstags mit dem Erlaß des preussischen Ministers des Innern über die ostjüdischen Einwanderungen beschäftigt, und die Gesandten Wurm hat daran eine allzu berechtigte Kritik geübt, weil der Erlaß wahllos die Beschäftigung ostjüdischer Arbeiter unmöglich macht. Aus der Debatte ist die Rede des antisemitischen Abgeordneten Kumm zu erwähnen, der auch durch diesen Erlaß noch nicht voll befriedigt ist und eine streng antisemitische Reichspolitik verlangt. Viel bemerkenswerter waren die Ausführungen des „demokratischen“ Reichsministers Koch, dessen Äußerungen über das Ostjüdenproblem eine geradezu beschämende Kennislosigkeit und Oberflächlichkeit verrieten.

Minister Koch verteidigt seine ostjüdenfeindliche Stellung vor allem damit, daß die Auswanderung deutscher Arbeiter erschreckende Formen angenommen habe. Er hat die kurtzweilige Anschauung, daß jeder Einwanderer vom Osten einen auswandernden gut qualifizierten deutschen Arbeiter im Westen verdränge. Diese Anschauung ist oberflächlich, weil sie von der außerordentlichen Kompliziertheit des Auswanderungsproblems sowohl im Osten als auch in Deutschland nichts ahnt. Das Auswanderungsproblem bestand schon vor dem Kriege in allen Ländern Europas und besteht noch; es ist auf das engste mit dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verknüpft und war auch in Deutschland selbst in den Zeiten des größten industriellen Aufschwungs vorhanden. Mit dem Ende des Weltkriegs ist es in ein akutes Stadium getreten. Statt nun in dem furchtbaren Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft den Grund der deutschen Auswanderung zu suchen, erblickt ihn der Minister in der zahlenmäßig unbedeutenden ostjüdischen Einwanderung. Die Einwanderungsziffern der Ostjuden sind so gering, daß die „Verdrängung“ deutscher Arbeiter durch ostjüdische Arbeiter gar nicht in Betracht kommt; sie machen nur einen minimalen Prozentsatz der deutschen Arbeitslosen und nur einen kleinen Bruchteil eines einzigen Prozents gegenüber den beschäftigten deutschen Arbeitern aus. Aber die zweifellos vorhandenen Schwierigkeiten, die mit der Einwanderung verbunden sind, „läßt“ Herr Koch einfach durch ein allgemeines Verbot der Beschäftigung ostjüdischer Arbeiter. Dadurch gibt er nur Herrn Wurm und seinesgleichen Gelegenheit — wenn sich die jüdischen Arbeiter notgedrungen unwirtschaftlichen Geschäften zuwenden, weil eine weise Regierung ihnen die normale Arbeit verbietet —, ein lautes Geschrei über „jüdisches Schieberum“ anzustimmen.

Dieselbe Einfachsichtigkeit spricht aus der Haltung des Herrn Ministers Koch gegenüber den Bestrebungen, die Auswanderung deutscher qualifizierter Arbeitskräfte nach Rußland in geordneten Bahnen zu halten. Vor einigen Tagen hat Herr Koch durch das Wolffsche Telegraphenbureau sein neuestes Heidenstück auf diesem Gebiete verbreiten lassen: Die Reichsregierung kann dem weiteren Verbleiben des Professors Fedorowski die Zustimmung nicht erteilen. Dieser Herr war mit einer aus mehreren Sachverständigen bestehenden Kommission nach Deutschland gekommen, um das Problem der Auswanderung ausgewählter deutscher Techniker und qualifizierter Arbeiter nach Rußland zu studieren. Gerade weil die ersten „wilden“ Auswanderungsversuche zu Mißerfolgen geführt hatten, worüber Genosse Dittmann die vielbesprochenen Artikel in der „Freiheit“ geschrieben hat, war das vorsichtige Auftreten und die sorgfältige Studienmäßigkeit des Professors Fedorowski und seiner Kommission von jedem Standpunkt aus mit Genugtuung zu begrüßen. Wir sind sicher, daß die wirklich sachverständigen Stellen in den deutschen Behörden denn auch der weiteren Tätigkeit des Professors Fedorowski und seiner Kommission nicht nur kein Hindernis bereiten, sondern jede mögliche Förderung angedeihen lassen wollten. Aber die Engstirnigkeit des „Demokraten“ Koch hat über diese sachverständigen Stellen und anscheinend auch über das Ministerium des Auswärtigen auch hier wieder den Sieg davongetragen.

Gewiß besteht ein Zusammenhang zwischen ostjüdischer Einwanderung und deutscher Auswanderung; aber er liegt auf anderem Gebiete, als Minister Koch annimmt. Bei dem starken Einfluß der jüdischen Parteien in den Vereinigten Staaten kann die finstlich-antisemitische Behandlung der ostjüdischen Arbeiter in Deutschland die ernstesten Folgen für die Behandlung der deutschen Arbeiter in Amerika nach sich ziehen. Gerade die Tatsache der bedeutenden deutschen Auswanderung — und unter dem Druck der wirtschaftlichen Not wird sich die Auswanderung noch verstärken — zwingt uns zu einer die internationalen Zusammenhänge berücksichtigenden Betrachtung und Behandlung des Einwanderungsproblems. Die Internationalität der Auswanderungsfrage begründet auch auf diesem Gebiet eine Solidarität der Arbeiterinteressen, die jeden Vorkott ostjüdischer Arbeiter ausschließen muß.

Es ist recht eigenartig, daß die kapitalistische deutsche Regierung die Arbeiterklasse immer gerade auf denjenigen Gebieten „schützt“, auf denen sie gar keinen Schutz verlangt. Wir protestieren gegen den Vorkott der jüdischen Arbeiter schon deshalb, weil wir das Schicksal unserer eigenen Auswanderer nicht gefährden und sie nicht in anderen Ländern der Gefahr der Internierung und des Vorkotts aussetzen wollen. Durch das engherzige und einseitige Verhalten des Ministers Koch aber wird das Interesse der deutschen Arbeiter weder in Deutschland noch in den Auswanderungsländern gewahrt, sondern schwer geschädigt.

# Der italienische Parteitag

Von unserem Sonderkorrespondenten.  
Zehnter Verhandlungstag.

Bivorno, 21. Januar 1921.

Nun ist auch in Italien die Entscheidung gefallen. Die im Laufe des gestrigen Nachmittags in verschiedenen Lokalen vorgenommene Abstimmung hat folgendes Resultat gehabt: Für die Resolution der von Serrati geführten Einheitskommunisten wurden 98 000, für die „neuen“ Kommunisten 58 700 und für die „sozialistische Sammelgruppe“ 14 600 Stimmen abgegeben. Die Gruppe Graziani-Marabini hatte sich für die extremistische Resolution, die Gruppe Lazzari für den Antrag der Einheitskommunisten ausgesprochen.

Als in der heutigen nur sehr schwach besuchten Kongresssitzung der Vorsitzende Bacchi von diesem Abstimmungsergebnis Kenntnis gegeben hatte, verließen die extremen Kommunisten eine Erklärung, in der gesagt wurde, daß sich die Mehrheit der Partei mit dieser Abstimmung außerhalb der dritten Internationalen gestellt habe. Außerdem wurden Zweifel an der Wichtigkeit der Abstimmung erhoben und die Befürworter der extremen Resolution aufgefordert, sofort diesen Kongress zu verlassen und in einem anderen Lokal zusammenzutreten. Eingehend daraufhin die „neuen“ Kommunisten ab, während der Kongress seine Arbeiten fortsetzte.

Diese Wendung kam nicht überraschend. Wohl konnte vorübergehend während des Kongresses die Möglichkeit einer Verständigung der beiden kommunistischen Fraktionen aufzutreten, aber diese Möglichkeit wurde immer wieder von den Extremisten der Extreme, insbesondere von dem als Vertreter des Exekutivkomitees der dritten Internationalen nach Bivorno entsandten Russen Kowalski verdrängt. Koch gestern hatte dieselbe Absicht zur Verlesung gebracht, in der er sich schon nicht mehr begnügte, Serrati als „Reformisten“ zu brandmarken, sondern den

Einheitskommunisten vorwarf, noch weit schlimmer und dem Proletariat gefährlicher zu sein, als die Reformisten selbst. Diese Schmäherung ging dem Kongress aber denn doch zu weit und die erdrückende Mehrheit antwortete mit einem energischen Protest. Dieser war so spontan und so überwältigend, daß sich selbst der sonst all diesen äußerlichen Kundgebungen abhold Genosse Serrati auf den Präsidententisch schwang und die Internationale intonierte, die noch nie so ergreifend wie jetzt den Saal durchbrauste.

In diesem Augenblick schon war das Schicksal des Kongresses entschieden. Es konnte kein Zweifel mehr bestehen, daß die Extremisten die Spaltung um jeden Preis wollten und daß diese Zertrümmerungspolitik von Moskau ihre beste Förderung empfing. Schon immer hatte man sie in Italien die „Kommunisten-Spalter“ genannt. Ihr Auftreten auf dem Kongress hat diesen Namen denn auch vollkommen gerechtfertigt. Mit Recht konnte darum auch heute Barazono nach dem Abzug der Extremisten feststellen, daß zu besonderem Bedauern keine Veranlassung vorliege.

Die verhältnismäßig große Stimmenzahl, die die Extremisten auf ihre Resolution vereinigten, mochte etwas überraschen. Es scheint aber, daß sie gehofft hatten, noch wesentlich besser abzuschneiden. Andererseits ist noch sehr die Frage, ob auch alle, die

## Drei Tage nur

liegen noch die Wählerlisten zur Einsichtnahme aus. Wer nicht sein Stimmrecht leichtfertig aufs Spiel setzen will, beeile sich daher, rechtzeitig sich von der richtigen Eintragung seines Namens in der Liste zu überzeugen.

## Der Wahlsieg der U. S. P.

hängt davon ab, daß jeder Parteigenosse, jede Genossin, jeder Arbeiter und Beamte am 20. Februar wählen kann. Wichtig ist auch die Eintragung in die Liste für die in Militär-lazaretten untergebrachten Angehörigen des alten Heeres, für Angehörige der Abwicklungskassen, des Heimkehrdienstes, der staatlichen Sicherheitspolizei und des Reichswasserreiches, sowie für Militärbeamte, die sämtlich wahlberechtigt sind. Auch heimgekehrte Kriegesgefangene müssen sich unbedingt in die Listen nachtragen lassen. Sorge jeder mit dafür, daß die Stimmen all dieser gesichert werden, und daß sie am 20. Februar ihre Stimme der U. S. P. D. geben. Ihr

## Schwächt die Reaktion

dadurch, denn jede dem Proletariat verlorene Stimme härt die Reaktion, den Monarchismus. Wollt Ihr eure Steuer-groschen weiter der Unerfälligkeit der Hohenzollern opfern? Wollt Ihr weitere Verflavung und Verelendung, bittet Ihr die Justizsandalen, seid Ihr mit dem Hungerdasein zufrieden, zu dem Euch der Kapitalismus verdammt hat? Nein! So sicher möglichst viele Stimmen der U. S. P. D. und

## Jeht sofort die Wählerlisten ein!

Ihre Stimme den Kommunisten gegeben haben, die Spaltung wirklich mitmachen werden; denn viele Sektionen, darunter Genauen, haben sich ausdrücklich gegen jede Spaltung ausgesprochen. Die Massen brauchen werden diese Spaltung einfach nicht verstehen. Schließlich ist es auch nicht ohne Bedeutung, daß von den 156 Abgeordneten keine zwanzig zur neuen kommunistischen Partei desertieren.

Der Kongress konnte heute seine Arbeiten schnell beenden. Ueber allen Delegierten lag eine sichtbare Müdigkeit. Allgemein wurde daher der Wunsch ausgesprochen, in Bälde einen neuen Kongress einzuberufen und vorderhand die Direktion nur provisorisch zu ergänzen. Nur in einem Punkte läuft der Kongress eine Klärung: der Abfall des äußersten linken Flügels darf keine Rechtswendung der Partei bedeuten. Das gab man der Reaktion mit aller Deutlichkeit zu verstehen und verlangte von ihr darum in bestimmtester Form die Anerkennung der Parteiführer.

Mit einem Hoch auf den Sozialismus und auf die russische Revolution schloß Bacchi den bedeutsamen Kongress.

## Ein Manifest der sozialistischen Parlamentsfraktion Frankreichs

Die sozialistische Parlamentsgruppe Frankreichs hat folgendes Manifest angenommen, das von Jules Guesde, Bracke, Blum und Pressemane entworfen wurde: „Die Unterzeichneten, Vertreter der sozialistischen Partei im Parlament:

In Erwägung, daß die Entscheidung der Mehrheit von Tours die Schaffung einer neuen Partei zur Folge hatte, der mit der Doktrin, der Taktik, den Organisationsgrundsätzen des Sozialismus gebrochen hat und die, infolge ihrer unbedingten Abhängigkeit von der kommunistischen Internationale, sich in die Unmöglichkeit verlegt sieht, ihre Hauptaufgabe zu erfüllen, nämlich die Organisation der Gesamtheit des französischen Proletariats in einer Klassenpartei, „bestimmt, in erster Linie mit der eigenen Bourgeoisie fertig zu werden“, durchzuführen,

beschließen, der sozialistischen Partei (Französische Sektion der Arbeiter-Internationale) treu zu bleiben, auf Grund der durch ihre Statuten, ihr Programm, die Resolutionen ihrer nationalen und internationalen Kongresse festgelegten Bedingungen,

erklären sich entschlossen, in voller Uebereinstimmung mit der Partei, im vollen Bewußtsein der besonderen Aufgaben, die ihr die durch den Krieg hervorgerufene nationale und internationale Krise auferlegt, energischer als je die der parlamentarischen Gruppe obliegende Pflicht zu erfüllen.

Mehr als je werden sie ihre Aktivität in den Dienst der Propaganda und der Mitgliebergewinnung im Land stellen.

Mehr als je werden sie sich bemühen, den Klassenkampf auf das parlamentarische Feld zu übertragen, indem sie die Ohnmacht des Kapitalismus denunzieren, indem sie ihm die unverföhliche Opposition des Proletariats entgegenstellen, indem sie ohne Einschränkung die sozialistischen Auffassungen und Lösungen proklamieren, und zu gleicher Zeit dafür kämpfen werden, dem bürgerlichen Widerstand Stück um Stück die Reformen zu entreißen, welche die Lebensbedingungen der Arbeiter verbessern, ihre Organisationen begünstigen und so dazu beitragen, sie für den revolutionären Kampf zu bewaffnen.

Sie werden diese Aktion von dem heftigsten Wunsch befeuert durchzuführen, allen Hindernissen zum Trotz die Einheit der Arbeiter in Frankreich und in der Welt, die die Vorbedingung und die Garantie des Endsieges bilden, zu schägen oder wieder herzustellen.

Es lebe die sozialistische Partei! Es lebe die Arbeiter-Internationale!

Von den 68 Mitgliedern, die vor der Spaltung die einzige sozialistische Parlamentsfraktion bildeten, haben 59 dieses Manifest unterzeichnet.

# Aus der Wirtschaft

## Die Ursachen der Abfallstodung

Die bürgerliche Presse brachte kürzlich zwei Meldungen, die ein helles Licht auf den Wahnwitz der kapitalistischen Wirtschaftsweise werfen. Die eine ist ein Bericht über den Stillstand der Unternehmungslust auf dem Holzmarkt. Die Zwischenhändler haben ihre Einkaufstätigkeit vollkommen eingestellt, da die ollen Käufer sich nicht rühren. Auch die Ausfuhr gerät allmählich vollständig ins Stocken, da die ausländischen Zwischenhändler zu niedrigen Angeboten machen.

Die andere Meldung ist ein Bericht über die Bewegung der Rohelpreise. Obwohl die Preise in der letzten Zeit infolge der Kaufunlust des Publikums stark zurückgegangen sind, muß doch nach der Berechnung des „Berliner Tageblattes“ ein Ehepaar, das die hochkaplerische Absicht hat, sich einzurichten, anlegen: für eine einfache Schlafzimmereinrichtung 12 000 Mk., für ein Wohnzimmer mit einiger Dekoration 20 000 Mk., und für eine halbwegs anständige Wohnungseinrichtung ohne Klavier 75 000 Mk.

Die Ziffern sprechen Bände. Sie sagen der jungen Proletarierfamilie, daß es jede Hoffnung auf eine anständige oder auch nur dürftige Wohnungseinrichtung fahren lassen muß, selbst wenn die Arbeiter in ihren Lohnforderungen auch noch so „unanständig“ werden. Gleichzeitig belegen diese Ziffern aber auch die Ursache der Abfallstodung und der Wirtschaftskrise überhaupt auf: die durch die kapitalistische Art der Produktion und Verteilung herbeigeführte Kaufunfähigkeit der arbeitenden Massen.

## Langsames Sinken der Lebensmittelpreise

Der Kleinhandel folgt dem durch die Wirtschaftskrise verursachten Sinken der Weltmarkt- und Großhandelspreise nur sehr langsam und widerwillig, so daß die Verbraucher nicht sehr viel davon zu spüren bekommen. Es sind im wesentlichen nur die auf dem inländischen Markt zu Weltmarktpreisen gehandelten Artikel, bei denen ein geringfügiger Preisabbaue erfolgt ist, wie folgende Aufstellung zeigt:

	am 1.1.20	1.5.20	31.12.20	8.1.21	17.1.21
Brasil-Bohnen	2.80	3.—	1.90	1.90	1.75
Inland-Größen	3.40	4.80	2.80	2.80	2.60
Brasil-Reis	—	—	4.20	3.00	3.50
Hafersfoden	2.20	3.20	3.50	3.50	3.50
Schmalz	17.—	22.—	16.50	15.50	15.50
Margarine	—	—	16.50	16.25	13.75
Kondensmilch	7.75	10.75	11.—	11.—	10.50
Santoskaffe	17.—	30.—	25.—	25.—	23.—
Eier (p. Stück)	—	1.80	3.05	2.80	2.75
Inf. Kartoffeln	—	0.40	0.52	0.52	0.54
Juder	1.20	1.70	—	—	4.20
Brot	—	1.28	1.33	1.33	1.33

## Krise und Kolonisierung

Je weiter die Weltwirtschaftskrise fortschreitet, je schwieriger es für die Kapitalisten wird, ihre Waren abzusetzen und ihre Produktion im alten Umfange fortzuführen, desto mehr streben sie danach, sie in Gebiete zu verpflanzen, in denen die Produktionsbedingungen günstiger sind. Den Kapitalisten der Weltstaaten erscheinen aber diese Bedingungen in Kontinentaleuropa günstig, weil hier die Valuta und die Arbeitslöhne niedriger sind. Daher bringt westliches Kapital in Kontinentaleuropa ein, werden diese Gebiete zum Kapitalanlagemarkt, zur Kolonie des Westens.

Deutschland vermag diesem Vordringen noch ziemlich stark Widerstand zu bieten. Außer der Ueberstremung des Bontz, der Sarotti-K-G. und eines Teiles der Zündholzindustrie sind in der letzten Zeit keine großen Einbrüche des Auslandskapitals bekannt geworden, wenn man von verhältnismäßig kleinen Wertleistungen — wie dem Erwerb eines größeren Aktienpostens der Orenstein-Gesellschaft durch einen holländischen Konzern und einem Ankauf von 4 Mill. Mk. Aktien der Spinnerei Störh u. Co. durch amerikanische Interessenten — abseht. Aber hart an der Grenze von Deutschland beginnt schon das Einbruchgebiet.

In Polen sind es die wertvollen Petroleum- und Kaphtagruben, auf die das ausländische Kapital sein Augenmerk gerichtet hat. Feste Abmachungen sind noch nicht getroffen worden, aber die Nachrichten häufen sich, wonach eine mexikanische und holländische Finanzgruppen den größten Teil der galizischen Gruben aufzukaufen im Begriffe sind.

Oesterreich ist heute schon als Ganzes überstremt. Sein wertvollster industrieller Besitz, die Alpine Montanengesellschaft, die den Erberg bei Eisenatz und die großen Eisenwerke von Donawitz besitzt, ist in italienischen Besitz übergegangen — das Gerücht verdient Beachtung, das einen Uebergang der Alpen in den Besitz des Stinnes-Trauts (!) als bevorstehend bezeichnet —, seine Werten in Altweltelbesitz.

In Jugoslawien wurde kürzlich die jugoslawische Petroleum-U. G. mit einem Kapital von 60 Mill. Kronen gegründet, an der die Anglo-Saxon Petroleum Company in London maßgebend beteiligt ist. Da die englische Gesellschaft in naher Beziehung zum großen englisch-holländischen Petroleum-Traut dem Shell-Royal-Dutch-Konzern steht, ist die jugoslawische Gründung als eine weitere Etappe im Kampf des englischen und amerikanischen Petroleum-Trauts um die Welt-herrschaft anzusehen. Der jugoslawische Staat erworb sich durch die Erteilung der Konzession das Recht auf eine 5prozentige Beteiligung an der neuen Gesellschaft ohne Einlage.

Die rumänische Regierung verpachtete die Eisenbahnwerkstätten des Siebenbürger Banats an die französische Luftgruppe, die übrigen Eisenbahnwerkstätten Rumäniens an die englische Graden-Gesellschaft auf die Dauer von sieben Jahren.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

# Oberschlesier!

Wer den Formularantrag auf Eintragung in die ober-schlesischen Stimmlisten noch nicht ausgefüllt hat, muss sich sofort in den Meldestellen der Vereinigten Verbände heimatstreuer Oberschlesier melden. Dort erhält er einen Gutschein für Anfertigung der Photographie. Dann sofort zum Photographen gehen! Dann nochmals zur Meldestelle, um den Antrag zu unterzeichnen.

Anträge, die nicht spätestens am 30. d. Mts. hier abgehen, haben keinerlei sichere Aussicht, bis zum Schluss der Anmeldefrist (3. Februar) rechtzeitig bei der Abstimmungsbehörde in Oberschlesien einzutreffen.

Wer sein Stimmrecht durch rechtzeitige Stellung des Antrags nicht sicher, verläßt die Heimat!

Die Meldestellen (vergleiche Plakate) sind auch Sonntags geöffnet.

Vereinigte Verbände heimatstreuer Oberschlesier







# Groß-Berlin

## Wahlkampf und Polizei

Der Wahlkampf bringt als Ankündigung der Flut von Reden zunächst eine Flut von Plakaten. In erster Linie sind jetzt die Arbeiterparteien in den Wahlkampf eingetreten und geben natürlich auch ihre Versammlungen durch Plakate bekannt. Nun ist an den verschiedensten Stellen Berlins die Beobachtung gemacht worden, daß Mannschaften der Sipo die Plakate der Arbeiterpartei mit dem Säbel heruntergerissen haben.

Haben sich diese eifrigen Sipomänner etwas dabei gedacht? Nein! Sie beweisen dadurch ihren Mitmenschen, besonders aber der organisierten Arbeiterschaft nur, daß sie politische Kinder sind.

Sie beweisen, daß sie keine Ahnung von dem Kampf politischer Parteien, vom politischen Leben überhaupt haben, sonst würden sie nicht der Meinung sein, mit dieser Kinderreife irgend etwas auszurichten.

Was aber wollen die Sipolente denn ausrichten, warum reißen sie gerade die Plakate der Arbeiterschaft ab?

Weil sie noch unter dem militärischen Einfluß stehen, weil sie die Ziele der Arbeiterschaft gar nicht kennen, weil sie keine Ahnung haben, was Sozialismus ist! Welcher Arbeiter, der als „gemeiner“ Mann in dem glorreichen Heere gedient hat, erinnert sich nicht der hundertfältig gemachten Erfahrung, daß die Leutnants und Hauptleute das wirkliche Leben nicht kannten, die Parteien und die Politik fremde Gebiete für sie waren. Er zog in den Kadettenanstalten, nie mit dem wirklichen Leben, vor allem in der Arbeit, im Wirtschaftsprojekte in Berührung gekommen, fanden die Offiziere den Gefühlen und dem Innenleben der militarisierten Arbeiterschaft verständnislos gegenüber.

Die Wirkung dieser Offiziers-Lebensstrenge spürt man jetzt bei dem Verhalten eines Teiles der Polizei. Auch diese Einrichtung hat Beamte und Führer, die auf die Mannschaften in diesem weltfremden militärischen Sinne einwirken. Deshalb muß unter den Sipolenten Aufklärung geschaffen werden!

Darum, Arbeiter und Genossen, macht über eure Wahlplakate und sorgt dafür, daß die politische Betätigung der Polizei sich nicht in diesen kindischen Spielereien äußert. Betrachtet auch die Sipomänner als Leute, die unter dem preussisch-militärischen Einfluß stehen, und klärt sie über die Bedeutung des politischen Lebens und Kampfes auf. Der Wahlkampf bietet hundertfältig Gelegenheit dazu!

## Die Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn

Je länger je mehr zeigt sich, daß die frühere Große Berliner Straßenbahn in sehr schwieriger Lage sich befindet und daß Einnahmen und Ausgaben in starkem Mißverhältnis stehen. Um dem abzuhelfen, bleibt nach der Meinung der Sachverständigen nur übrig, zum 1. März-Larif zu greifen. Der Magistrat weist in der Vorlage darauf hin, daß sich Ende 1920 für die Große Berliner Straßenbahn und die Gemeindefahrbahnen ein Gesamtschuldbetrag von 89 Millionen ergibt. Selbst wenn man die Abgaben an die früheren Gemeinden mit 38 Millionen abzieht, bleibt immer noch eine Unüberschuldung von 50,2 Millionen, monoton der weitaus größte Teil, 40,2 Millionen, auf die Zeit vom 1. April 1920 ab entfällt. Diese ungünstige Finanzlage der neuen Stadigemeinde Berlin erfordert gebieterisch, einem weiteren Anwachsen des Schuldbetrages unter allen Umständen sobald wie möglich Einhalt zu tun und auf seine Abberührung Bedacht zu nehmen. Es sind Maßnahmen eingeleitet worden, um die Ausgaben und Unkosten allmählich herabzumindern; aber diese Bestrebungen können erst nach einiger Zeit ihre Wirkung zeigen. Bemerkenswert sind folgende Mitteilungen des Magistrats über die Teuerung und den Verkehrszuwachs: die Beförderungszahl hob sich 1916 auf 715 Millionen, schnellte 1917 auf 896 empor und erreichte 1918 ihren Höhepunkt mit 1057 Millionen. Im Jahre 1919, wo die ersten erheblichen Fahrpreiserhöhungen eintraten, sank die Zahl auf 1011 Millionen. Für 1920 ist ein weiterer merklicher Abstieg auf 792 Millionen Fahrgäste zu verzeichnen, was aus der Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft und dem zunehmenden Wettbewerb der anderen Verkehrsmittel, insbesondere der Stadt- und Ringbahn, zu erklären ist. Dazu kommt, daß die

Materialpreise geradezu ins Ungeheuerliche gestiegen sind. Mehrere Tabellen beweisen dies: die Steigerung betrug z. B. für Schienen 2070, für andere Schienenstücke 2420—2500 Prozent, für Bremsböden 4040, für Eisen 2710, für Lackfarbe 2000 Prozent. Im Durchschnitt ergeben sich bei den Gleisbaumaterialien eine 10fache, bei den Materialien für die Wagenunterhaltung sogar eine 18fache Steigerung der Preise von 1914. Auch die erhebliche Steigerung der Löhne ist in Betracht zu ziehen: die Gehälter und Löhne sind gegen 1914 um 930 Prozent, die Stromkosten um 940, die Unterhaltung des Bahnkörpers um 690, die Erneuerung des Bahnkörpers um 700, die Unterhaltung der Wagen um 1380 und die Erneuerung der Wagen um 1780 Prozent gestiegen. Mit diesen starken Steigerungen verglichen, ergibt die Tarifserhöhung ein starkes Mißverhältnis. Von Mitte 1919 ab sind die Tarifserhöhungen dem schärften Ansteigen der Ausgaben nicht mehr gefolgt. Um zu einer Gesundung zu gelangen, ist neben einer sorgfältigen Wirtschaft eine Erhöhung der Tarife unabwendbar. Der Magistrat hat, wie schon berichtet, auf Vorschlag der Verkehrsdeputation beschlossen, den gegenwärtigen Tarif unter Wegfall der Sommerarten auf 1 M. zu erhöhen. Die Neuartung des Umsteigefahrtcheins, durch den bei einem Preise von 1,50 M. zwei aufeinanderfolgende Fahrten innerhalb von zwei Stunden ermöglicht werden, schaffen den Fahrgästen eine Verkehrsmöglichkeit zu niedrigerem Fahrpreis, als dies sonst beim Einheitsfahrpreis der Fall ist. Es wird möglich sein, das gewünschte Ziel mit zwei Vinten statt für den Preis von 2 M. nunmehr für 1,50 M. zu erreichen. Die finanzielle Wirkung der neuen Tarife ist unter Annahme eines weiteren Verkehrszuwachses von 9 Prozent auf monatlich 6,94 Millionen Mehreinnahmen überschläglich berechnet worden.

## Die Wählerliste

Die Wählerliste ist die Unterlage für die Ausübung des Wahlrechts. Jeder Wahlberechtigte muß in die Liste eingetragen sein. Am Wahltag kann nur der wählen, der in der Liste verzeichnet ist, wer nicht darin steht, wird vom Wahlvorstand zurückgewiesen. Dann ist es zu spät, eine Revision eintreten zu lassen. Sehr viele sind schon um ihr Wahlrecht gekommen, weil sie nicht rechtzeitig darauf geachtet haben, daß sie in der Wählerliste stehen. Bis zum Sonntag sind die Listen in den Turnhallen der Stadtbezirke zur Einsichtnahme ausgelegt.

Jeder kann sich davon überzeugen, ob er auch eingetragen ist. Bei der Eile, mit der die Listen aufgestellt werden mußten, ist es begreiflich, daß auch Fehler unterlaufen. Man kann sich nicht darauf verlassen, daß man in der Liste steht. Und deshalb muß jeder diese Tage benutzen zur Einsichtnahme in die Wählerliste. Sie liegt aus von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends.

## Die Lehrer gegen die Stadtverordneten

Die Berliner Lehrer haben sich in einer Versammlung mit der Wahl des Schulrats beschäftigt und folgende Entschlüsse angenommen:

Die heutige, vom Lehrerverband Berlin einberufene Versammlung bringt nachdrücklich die Forderung der Lehrerschaft in Erinnerung, daß die Befehle der leitenden Stellen im Schulwesen lediglich nach der beruflichen Eignung und im Einverständnis mit der Lehrerschaft erfolgen soll. Sie wendet sich deswegen gegen das Vorgehen der Stadtverordnetenversammlung bei der Wahl des Oberstadtschulrates, insbesondere aber erhebt sie schärfsten Widerspruch gegen die beabsichtigte parteipolitische Befehle aus der Stelle des Stadtschulrates für das Groß-Berliner Volksschulwesen und der Stellen der Bezirkschulräte. Die Versammlung spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die Befehle dieser letzteren Stellen nur erfolgt unter Mitwirkung der Berliner Lehrerschaft. Nachdem ihr Mitwirken bei der Wahl des Oberstadtschulrates auf das rückfällige Mißgeschick worden ist, würde eine neue Befehle ihrer Mitwirkungsbezugnis die tiefste Enttäuschung auslösen und die Lehrerschaft veranlassen, alle zweckdienlichen Mittel zu erschöpfen, um die Beachtung ihres Rechts zu erzwingen. Sie fordert darum von dem erwähnten Oberstadtschulrat ein solches Eintreten für dieses Recht und weist mit allem Ernst auf die Folgen hin, die eine Befehle aus dieser Stelle nach parteipolitischen Rücksichten für das Verhältnis der Berliner Lehrerschaft zur städtischen Verwaltung und zu ihren Vertretern in den leitenden Schulämtern haben würde.

Zu dieser Entschlüsse sei bemerkt, daß die Wahl des Schulrats Sache der Stadtverordneten ist, und nicht der Lehrerschaft überwiesen werden kann. Die Lehrerschaft sollte daran denken, daß auch die Elternschaft ein großes Interesse am Schulwesen hat

und daß ihr Wille von ausschlaggebender Bedeutung bei der Befehle des Schulratspostens sein muß. Die Elternschaft ist aber Minderheit und hat durch die Wahl von sozialistischen Stadtverordneten ihren Willen zum Ausdruck gebracht. Und diesem Willen ist durch die Wahl des neuen Schulrats Ausdruck verliehen worden. Die „tiefe Enttäuschung“ der Lehrerschaft scheint deshalb wenig angebracht.

16. Verwaltungsbezirk (Cöpenick-Friedrichshagen-Kohnsdorf-Schönholz). Freitag, abends 7 Uhr, im Cöpenicker Rathhaussaal Funktionseröffnung, Tagesordnung: Bezirksamt, Jahresbericht und päpstliches Erscheinen in Pflicht.

22. Verwaltungsbezirk (Reinickendorf). In der ersten Sitzung nach Neujahr nahm die Bezirksversammlung Kenntnis von dem Ableben des bürgerlichen B. A. Scholz, dem Genosse Lüba, ein einige ehrende Worte widmete. In die Stelle des Verstorbenen rückt der Rechtsanwält Dr. Ernst (B. G.). Die beim Jahresanfang übliche Neuwahl des Vorstandes erledigte sich durch debattierlose Wiederwahl in der bisherigen Zusammensetzung. Auf Antrag der S. V. D. wurde der zweite Punkt, Wahl des Bezirksamts, vertagt, bis das Ordisgesetz bestätigt ist. Punkt 3 und 9 der Tagesordnung, Verkehrsverbesserungen betreffend, und zwar Verbindung zwischen Sietziner Bahnhof und Potsdamer Platz, Reinickendorf-West mit Ost, Weiterführung der Linien 41 bzw. 42 nach Wilhelmshagen, wurden der Verkehrsdeputation überwiesen. Die von Wittenau für diesen Ort vorgeschlagene Neuwahl von Steuerassessoren geht an eine eilfertige Kommission, um für den ganzen Bezirk diese Frage gemeinsam zu erledigen. Punkt 5 behandelte einen Protest der S. V. D. über das bisher von der Terrain-Gesellschaft in Frobenau ausgehaltene Anwesen, das wegen Entziehung der Mittel Gefahr läuft, einem Hermsdorfer privaten Bildungsinstitut angegliedert zu werden. S. B. Einkeim (S. V. D.) machte dem Berliner Magistrat den Vorwurf unzulässigen Eingriffs in die Rechte des Bezirkes. Genosse Kaufmann vertrat in einem Antrag unserer Fraktion unsere Stellungnahme und nahm sich insbesondere der irreführenden Lehrkräfte an, die in dem Glauben liegen, an einem öffentlichen Institut zu wirken. Unser Antrag verlangt die Umwandlung des Anwesens in eine Wahlschule und die Übernahme der Lehrkräfte in kommunale Dienste. Von den Bürgerlichen entschieden nun auch Dr. Bode und Dr. Kaufmann ihr warmes Herz für die irreführenden Lehrer, weshalb insbesondere Dr. Bode von einer Wahlschule mit Privatlehrern nichts wissen möchte. Nachdem noch Genosse Selke, der Kommunist, Einkeim, sowie S. B. Kaufmann (S. V. D.) zu der Sache gesprochen, wurde sowohl der Protest der S. V. D., als auch der Antrag Kaufmann angenommen. Ein weiterer Antrag der S. V. D., Arbeitern und Angestellten Sitz und Stimme in der Bezirksversammlung einzuräumen, wurde gegen die Stimmen der U. S. V. und S. V. D. abgelehnt. In dem Antrag auf Errichtung von Leseschulen sprach die Genossin Kiesel, fernerhin auf diesem Wege nicht nur Erwachsenen, sondern auch Kindern die sonst unerschwinglichen Literaturpreise zugänglich zu machen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der drohenden Abholung weiter im Privatbesitz befindlicher Teile unseres waldreichen Bezirkes soll ein Antrag entgegenwirken, den S. B. Fischer (S. V. D.) begründete. Die Gewissenshaftigkeit mit der hier vorgegangen wird, wurde von allen Seiten begrüßt. Mit der Annahme dieses Antrages, der die Deputation der Güter und Forsten zu schleunigstem Einschreiten auffordert, fand die reichhaltige Tagesordnung ihr Ende.

Da der Milchgang Karl zurückgeht, kann die 1/2 Liter-Krankenkarte am Donnerstag, den 27. Januar, nicht mit Freigeld besorgt werden. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher.

Eine gewaltige Zunahme der Spareinlagen ist bei der Berliner Sparkasse festzustellen. Nach Zuschreibung von 20 Millionen Mark Zinsen betrauen sich die Spareinlagen auf rund 1 Milliarde 93 Millionen Mark; gegen das Vorjahr mit 928 Millionen Mark ergibt sich eine Zunahme von 185 Millionen Mark. Diese Zunahme ist in neun Monaten erzielt, da das abgelaufene Rechnungsjahr durch die Verlegung des Geschäftsjahres nur die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1920 umfaßt. Im Jahre 1919 betrug die Mehreinnahme in 12 Monaten nur 100 Millionen Mark.

Wegen unzulässiger Betriebsführung sind vom Reichbezug ausgeschlossen worden die Bädermeister Reinhold Müller, Maritz, 23. Adolph Sauer, Oberberger Str. 49, Jan Döten, Straßener Str. 34, Albert Specht, Wolltorstr. 49.

Teget. Die diesjährige Jugendwoche findet am 27. März, 1. Osterfesttag, vorm. 10 Uhr, in der Aula der Ober-Realschule statt. Die erste Vorbereitungsstunde ist am Sonnabend, den 30. Januar, um 8 Uhr nachmittags im Jugendheim, Bahnhofstraße 15, Anmeldungen nehmen noch entgegen die sozialistischen Elternbeiräte Franz Krumnow, August-Müller-Str. 6 und O. Kösten, Treptowstraße 21.

# Carmen

Novelle von Prosper Mérimée  
Lebentage von Franz Schnabel.

(Fortsetzung.)

Unglücklicherweise wurden wir bald gestört. Denn plötzlich wurde die Tür heftig aufgestoßen, und ein Mensch, der bis an die Augen in einen braunen Mantel gehüllt war, trat in das Zimmer und fuhr die Zigeunerin in wenig lebenswürdiger Weise an. Ich verstand nicht, was er sagte; aber der Ton seiner Stimme deutete an, daß er sehr schlecht klang. Die Zigeunerin zeigte bei seinem Anblick weder Ueberraschung noch Zorn, sondern ließ ihm entgegen und richtete an ihn mit außerordentlicher Zungenfertigkeit einige Phrasen in jener geheimnisvollen Sprache, deren sie sich schon vorher bedient hatte. Das oft wiederholte Wort Paplo war das einzige, das ich verstand. Ich wußte, daß die Zigeuner damit jeden ihrer Rasse fernstehenden Menschen bezeichnet. In der Erwartung, daß es sich um mich handelte, machte ich mich auf eine heftige Auseinandersetzung gefaßt; schon hatte ich die Hand am Fuße eines der Schemel und berechnete im geheimen den Augenblick, der am geeignetsten wäre, um ihn dem Eindringling an den Kopf zu werfen. Dieser rief die Zigeunerin rauh zur Seite und trat auf mich zu; doch plötzlich prallte er einen Schritt zurück und rief:

„Ah! Sie sind es!“

Ich betrachtete ihn nun auch meinerseits und erkannte meinen Freund Don José wieder. In diesem Augenblicke bedauerte ich ein wenig, daß ich ihn nicht hatte hängen lassen.

„Ah! Sie sind es, mein Papferer!“ rief ich lachend aus, indem ich meinen Kerger, soweit ich konnte, zu verbergen suchte: „Sie haben das Fräulein in dem Augenblicke unterbrochen, als sie mir sehr interessante Dinge verführte.“

„Immer dieselbe. Das wird ein Ende nehmen,“ knirschte er zwischen den Zähnen und warf einen wäsenden Blick auf sie.

Diese fuhr indessen fort, in ihrer Sprache auf ihn einzureden, und ereiferte sich dabei immer mehr. Ihr Auge wurde blutunterlaufen und ihr Blick färbterlich; ihre Gesichtszüge verzerrten sich, und sie stampfte mit dem Fuße auf den Boden. Es schien mir, als drängte sie ihn eifrig dazu, etwas zu tun, vor dem er Abneigung zeigte. Was das war, glaubte ich nur allzu gut zu verstehen, als ich sah, wie sie mit ihrer kleinen Hand rasch unter ihrem Kinn hin und her fuhr. Ich vermutete, daß es sich um das Durchschneiden einer

Gurgel handelte, und ich hatte einigen Grund anzunehmen, daß diese Gurgel die meine sei.

Auf diesen ganzen Schwall von Beredsamkeit antwortete Don José nur zwei oder drei Worte, und zwar in entschiedenem Tone. Darauf warf ihm die Zigeunerin einen Blick voll tiefster Verachtung zu, lehnte sich auf türkische Art in einen Winkel des Zimmers, nahm sich eine Orange, schälte sie und begann zu essen.

Don José sagte mir am Arme, öffnete die Tür und führte mich auf die Straße. Wir gingen ungefähr zweihundert Schritte im tiefsten Schweigen. Dann streckte er die Hand aus und sagte:

„Gehen Sie immer geradeaus, so kommen Sie zur Brücke.“

Sofort wandte er mir den Rücken zu und entfernte sich eilends. Ich kam etwas verduht und sehr übelgelaunt in meine Herberge. Das Schlimmste war, daß ich beim Auskleiden bemerkte, daß meine Uhr mir fehlte.

Verschiedene Bedenken hinderten mich, sie am folgenden Tage zurückzufordern oder den Corregidor in Anspruch zu nehmen, um sie mir herbeischaffen zu lassen. Ich beendete vielmehr meine Arbeit an dem Manuskripte der Dominikaner und reiste nach Sevilla weiter. Nach mehreren Monaten des Umherziehens in Andalusien wollte ich nach Madrid zurückkehren und mußte dabei wieder über Cordova fahren. Ich hatte nicht die Absicht, mich hier länger aufzuhalten, denn ich hatte diese schöne Stadt und die Badenden des Guadalquivir gründlich satt bekommen. Indessen nötigte mich einige Besuche bei Freunden und die Erledigung verschiedener Geschäfte, mindestens drei oder vier Tage in der alten Hauptstadt der muslimanischen Fürken zu verweilen.

Sobald ich wieder im Dominikanerkloster erschien, empfing mich einer der Patres, der mit immer ein lebhaftes Interesse für meine Untersuchungen über die Lage von Bunda entgegengebracht hatte, mit offenen Armen und rief:

„Gelobt sei der Name Gottes! Seien Sie willkommen, lieber Freund! Wir alle hielten Sie schon für tot, und ich, der ich eben mit Ihnen spreche, habe für das Heil Ihrer Seele viele Vaterkloster und Ave-Maria gebetet, die ich nicht bedauere. So sind Sie also nicht ermordet worden? Denn daß Sie bestohlen wurden, wissen wir.“

„Was soll das heißen?“ fragte ich etwas überrascht.

„Ja, Sie wissen doch, die schöne Repelleruhr, die Sie immer in der Bibliothek schlagen hören, wenn wir Ihnen sagten, daß es an der Zeit sei, in den Chor zu gehen; nun

wohl, sie ist wiedergefunden worden. Sie werden sie zurück erhalten.“

„Das heißt,“ unterbrach ich ihn etwas verblüfft, „ich hatte sie verloren.“

Der Schuft sieht hinter Schloß und Riegel, und da man wußte, daß er fähig war, einen Christen um eines Geldstückchens willen niederzufallen, waren wir in größter Angst, daß er sie gestohlen habe. Ich will mit Ihnen zum Corregidor gehen, und wir lassen uns Ihre schöne Uhr wiedergeben. Und dann sagen Sie nochmals da draußen, daß die Polizei in Spanien ihr Handwerk nicht versteht!“

„Ich muß gestehen,“ sagte ich zu ihm, „daß ich es vorziehen möchte, meine Uhr zu verlieren, statt vor Gericht gegen einen armen Teufel zu zeugen, damit er gehenkt werde, besonders weil... weil...“

„Oh! seien Sie ganz beruhigt; er ist schon ohnedies bestens empfohlen, und zweimal hängen kann man ihn nicht. Wenn ich denken sage, so ist dies nicht richtig. Denn Ihr Räuber ist ein Wülfger, er wird also übermorgen ohne Gnade erdroßelt. Sie sehen demnach, daß ein Diebstahl mehr oder weniger nichts an seiner Sache ändert. Wollte Gott, er hätte nur gestohlen! Aber er hat mehrere Mordtaten begangen, eine schrecklicher als die andere.“

„Wie heißt er?“

„Im Lande ist er unter dem Namen José Navarro bekannt; aber er hat noch einen anderen, basilischen Namen, den weder Sie noch ich jemals werden aussprechen können. Sehen Sie, das ist ein Mensch, den man sich anschauen muß, und Sie, der Sie die Seltsamkeiten des Landes kennen lernen wollten, Sie sollten es sich nicht entgehen lassen zu erfahren, wie in Spanien die Schurken aus dieser Welt gehen. Er ist in der Kapelle, und Vater Martinez wird Sie dort hinführen.“

Mein Dominikaner bestand so sehr darauf, ich solle mir die Vorbereitungen zu dem „kleinen, sehr hübschen Aufhänger“ ansehen, daß ich schließlich mich nicht mehr weigern konnte. Ich besuchte also den Gefangenen und nahm ein Paket Zigarren mit, die, wie ich hoffte, meine Unbescheidenheit entschuldigen sollten.

Man führte mich zu Don José, als er gerade seine Raucherzeit einnahm. Er nickte mir ziemlich fastblätzig zu und dankte mir höflich für das kleine Geschenk, das ich ihm mitgebracht hatte. Er zählte die Zigarren des Pakets, das ich ihm überreicht hatte, wählte daraus eine bestimmte Anzahl und gab mir den Rest zurück mit der Bemerkung, mehr habe er nicht mehr nötig.

(Fort. folgt.)



# Der Justizminister deckt die Klassenjustiz

## Stürmische Zusammenstöße

Die Beratungen des Reichstages waren heute wieder der Rechtsprechung gewidmet. Genosse Sauerbrey rechnete mit allen Erscheinungen der Klassenjustiz ab. Seine ausgezeichnete Rede zwang den Justizminister, auf seine Anklagen Rede und Antwort zu geben. Das geschah aber so, daß seine Ausführungen helle Entrüstung und stürmische Unterbrechungen auf der Linken hervorriefen. Der Minister versprach Erwägungen, Prüfungen, Ermittlungen. Phrasen, nichts als Phrasen.

Über alle die padenden Klagen der sozialistischen Ankläger ging Herr Heinze mit der alten abgeklärten Redensart hinweg, man habe nur eine Anzahl einzelner Fälle vorgebracht, die bei der mehr als eine Million betragenden Anzahl der jährlich unabhängig werdenden Straflosen nichts besagen. Der Minister pries sogar ganz allgemein das „Pflichtgefühl“ der Richter und gab sich den Anschein, als ob er glaube, daß mit dieser Redensart irgend etwas bewiesen sei.

Die Justiz zeigte sich bei dieser Debatte in voller Nacktheit als Klassenjustiz. Von diesem Minister ist natürlich keine Änderung der volkgefährlichen Rechtsprechung zu erwarten, im Gegenteil, unter ihm und durch diese Reden wird es nur schlimmer werden. Das brachte Genosse Dr. Rosenfeld klar zum Ausdruck, der diesem, wie er sagte, „jogennannten“ Justizminister die treffende Antwort auf die freche Herausforderung gab. Erst die Beseitigung der heutigen Klassenherrschaft kann die Klassenjustiz beseitigen, das ist das deutliche Ergebnis der gestrigen Debatte.

### Der Sitzungsbericht

#### Der Justizetat.

Abg. Dr. Graf zu Dohna (D. Sp.): Au dem mangelnden Vertrauen in unserer Justiz sind vor allem die Reden und Angriffe schuld, die von der Linken des Hauses gegen unsere Rechtsprechung gerichtet werden. Solche Verhöhnung dient nicht der notwendigen Sammlung der Geister. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Frau Lüders (Dem.): Viele Urteile, sowohl im Straf- als auch im Zivilprozeß, sind dem Volke oft unverständlich. Wir Frauen haben ein großes Interesse an der Durchführung der Grundzüge der Verfassung auf dem Gebiete der Justizverwaltung. Organisierte Frauen haben niemals verlangt, daß Frauen gegen die Stimmen ihrer Geschlechtsgenossinnen nicht schuldig gesprochen werden dürfen. Für uns ist nicht maßgebend, was er, sondern was abgeurteilt wird. In der Bestrafung von

#### Verbrechen wider das feimende Leben

muß große Vorsicht obwalten, weil oft wirtschaftliche Not der Antrieb dazu ist. In der Frage des gesamten Reglements der Prostitution, insbesondere, was die Kasernierung der Prostituierten betrifft, gibt es für uns Frauen von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken mit dem alten System kein Kompromiß. (Beifall.)

Reichsminister Dr. Heinze: Den Antrag des Abgeordneten Kadbruch, daß das Reichsgericht eine regelmäßige Uebersicht über die abgeurteilten Kriegsverbrecher geben soll, bitte ich abzulehnen, weil das Reichsgericht sonst unerbittlich belästigt wird. Wenn der Antrag, den Referendaren Vergütung zu gewähren, angenommen wird, so will ich deswegen mit den Vätern Rührung nehmen. Ein

#### Geleß zur Besserstellung der unehelichen Kinder

wird in Kürze fertiggestellt sein. Es ist nicht richtig, daß nach der Reichsverfassung die Frauen zu juristischen Ämtern ausgeschlossen werden müssen. Die Verfassung stellt nur den Grundsatz der Gleichberechtigung der Frauen auf, ist aber nicht rechtschöpferisch. Diese Frage kann überhaupt nicht schematisch behandelt werden.

#### Abg. Sauerbrey (U. S. P.):

Von verschiedenen Seiten wurde gesagt, das Recht sei die Grundlage des Staates. Dieser Staat aber ist ein Klassenstaat. Es kann in ihm also auch nur eine Klassenjustiz geben. Die Behauptung, daß Breitscheid als Justizminister zur Befolgung des Fürsten Eulenburg nichts getan habe, ist hinfällig, weil Breitscheid niemals Justizminister war. In unserer Justiz ist die Revolution purlos vorübergegangen. Es haben nur einige ganz winzige Reformen stattgefunden. Das Gnadenverfahren wird ganz einseitig angewendet. In Düsseldorf belam ein Arbeiter auf sein Gnadengesuch für seinen bestrafte Sohn die Antwort, dem Gesuch könne nicht stattgegeben werden, weil die

#### Begnadigung des Sohnes ihn nur zu seiner Arbeitsscheu befähigen würde.

da man erfahren hatte, daß der Vater arbeitslos war. Dabei hätte der Mann 21 Jahre an derselben Stelle gearbeitet und war infolge schwerer Krankheit nur noch zu leichten Arbeiten fähig. (Hört, hört! b. d. U. S.) Ungeheure Härten kommen vor bei der Handhabung der Untersuchungshaft.

Durch die Amtsgerichte werden den entlassenen Soldaten vielfach Strafbefehle wegen militärischer Vergehen aus den Jahren 1918 und 1919 zugesandt. Daß die Justiz stets die Kapitalisteninteressen gewahrt hat, geht auch aus der

#### Tätigkeit des Reichsgerichts

hervor. Das Reichsgericht hat z. B. die Erfüllung der Strafbarkeit wegen verurteilter Mordtötung in einem Falle als gegeben erachtet, in dem nur die Androhung eines Streiks vorlag. Das ist eine Beeinträchtigung des Koalitionsrechtes der Arbeitnehmer. Man wird es draußen nicht verstehen, daß die Verlenen, die am Kriege und am Zusammenbruch Deutschlands die Schuld tragen, frei herumlaufen und dagegen drei Arbeiter als Kriegsverbrecher herausgegriffen werden. Das Vermögen des Herrn Kapp, das angeblich 2½ Millionen beträgt, steht unter einer Zwangsverwaltung, die nur ein Dedmantel zu sein scheint.

#### Das Geständnis des Jagers Runge

Ich schon am 6. Januar 1920 abgelegt worden, und zwar in einer Ausfertigung an den damaligen Reichswehrminister Noske und in einer zweiten Ausfertigung an den Präsidenten des Reichsmilitärgerichtshofes. Man habe nichts davon gehört, daß gegen diese beiden Herren ein Verfahren wegen Unterschlagung einer amtlichen Urkunde eingeleitet wurde. Entrüstungsreden über die schwarze Schmach haben wir in diesem Hause genug gehört, doch ebenso haben wir eine Justiz, und eine militärische Schmach. Maria Pipp wurde im Rheinland von der Reichswehr verhaftet, dann im Gefängnis von sieben Reichswehrsoldaten vergewaltigt und ihr ein Gummischlauch ins Geschlechtsorgan eingeführt. Erst nach langen Monaten ist ein Verfahren gegen den Hauptkuldigen eingeleitet worden. Jetzt soll die Pipp ausgewiesen werden, um sie als unbedeutsame Belastungszeugin loszuwerden. Die Morde im Rheinland, wo Arbeiter ohne Standrecht und ohne Gerichtsverfahren massenweise getötet wurden, müssen endlich geahndet werden. Das ist ja das Unerhörte, daß der Arbeiter, der sich im Kampf verlegt, von der Staatsanwaltschaft gefunden wird, sich aber für Leute von der anderen Seite, die systematisch mordeten, kein Staatsanwalt findet.

Wenn die Justiz nichts tut, wird der Arbeiter selbst Justiz üben müssen. (Ungeheurer Lärm rechts.) Rechtsanwalt La m p wurde wegen Hochverrats ins Gefängnis von Wehl eingeliefert. Ihm darf die Verteidigung unmöglich gemacht, indem man ihm alle schriftlichen Unterlagen wegnahm und seinen Verkehr mit dem Verteidiger behinderte.

#### Dadurch zur Verzweiflung getrieben, trat Kamp in den Hungerstreik und starb.

Unsere Justiz leidet unter der Ueberproduktion von Gelehen. Die großen sozialen Probleme bleiben unberücksichtigt. Ueberall ist Unklarheit. Bei einem Einkommen von 200 M. pro Woche darf das Armeurecht nicht verweigert werden. Die Reform des Mietgesetzes ist notwendig. Die Vorbedingung für eine Reform der Justiz ist die Beseitigung der derzeitigen Gesellschaftsordnung. (Beif. Beifall b. d. U. S.)

#### Der Minister findet alles gut und schön

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Auf alle die Fälle, die der Redner vorgebracht hat, kann ich unmöglich eingehen. Der preussische Justizminister wird die nötigen Schritte unternehmen, soweit er es für erforderlich hält. (Jurufe links: So weit er es für nötig hält!) Ja, soweit er es für nötig hält, sonst hat er ja keinen Grund einzuschreiten. (Heiterkeit.) Auf die Anzeige der „Roten Fahne“ wegen des angeblichen gegenrevolutionären Handlungsplanes konnten wir doch nichts tun, nachdem festgestellt war, daß die Unterschritten von Ludendorff, Rententlow und Eberich gefälscht waren. (Beifall rechts, hört, hört!) Ludendorff hat um das Vaterland hohe Verdienste und das Reichsgericht hat festgestellt, daß von Hochverrat bei ihm nicht die Rede sein kann. (Widerpruch links.) Gegen Kapp hat man einen Haftbefehl und einen Strafbefehl erlassen; auch wird man die Vermögensbeschlagnahme vorbereiten (!) Es sind alle pflichtgemäßen Maßnahmen getroffen worden. (Zwischenrufe links.)

Wenn der Redner sich über die Beschlagnahme von Akten durch die sächsische Polizei beschwert, so soll er sich doch an den Vorgesetzten der sächsischen Polizei, den Minister Lipinski, wenden, welcher der Partei des Redners angehört! (Heiterkeit.) Im übrigen

#### Recht die deutsche Justiz viel zu hoch.

um von den Angriffen des Redners getroffen zu werden. (Anrufe links.) Schließlich hat der Redner damit gedroht, daß die Arbeiterklasse sich unter Umständen ihr Recht selbst verschaffen würde. Ich warne auf das Dringendste davor, mit der Gewalt zu verfahren, denn jedem gewalttätigen Vorgehen wird die Reichsverwaltung mit der größten Energie begegnen. (Redakter anhaltender Beifall und Handklatchen rechts. — Zwischenrufe links.)

Abg. Dr. Vesi (Komm.): Die letzten Worte des Reichsjustizministers kamen ihm vom Herzen und auch aus dem Herzen der Rechten. Diese Rede sagte mehr als von hundert wahren Geist der Justiz als die gestrige Vorlesung des Ministers. Er ist mit den Deutschnationalen ein Herz und eine Seele. Das Geständnis des Jagers Runge über seine Beteiligung an dem Morde Liebknechts und Rosa Luxemburgs ist bereits vor einem Jahr den Behörden zugegangen. Wir sind auch in der Lage, dieses Geständnis durch einwandfreie Zeugen zu unterstützen. Ich frage den Minister, ob das Geständnis nur oder nach der Beteiligung des Urteils in die Hände Noskes gelangte? So eben wird mir glaubwürdig berichtet, daß der

#### Hauptmann Pfeffer gegen eine Kavallerie von 20 000 M. auf freien Fuß gesetzt ist.

Wenn das wahr ist, dann richten sich alle Strafverfolgungen tatsächlich nur noch gegen Arbeiter.

Abg. Vesi (U. S. P.): In ganz Thüringen hat kein Mensch die Ueberzeugung, daß das Urteil über die Marburger Studenten zu Recht besteht. Man betrachtet das ganze Gerichtsverfahren als

eine Komödie. Selbst ein Leutnant hat ja als Zeuge erklärt, er habe sich gewundert, welche Ruhe und Ordnung in Thüringen herrichte. Und da spricht man von Spezialisten und revolutionären Antrieben! (Der Redner verbreitet sich ausführlich über die Einzelheiten bei der Erziehung der Arbeiter in Thale.) Ueberhaupt hätte der Prozeß in Gotha verhandelt werden müssen. Dieser Fall hat deutlich gezeigt, daß es höchste Zeit ist, die Schwurgerichte nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht durch Verhältniswahl zusammenzusetzen, denn jetzt bestehen die Schwurengerichte nur aus Angehörigen der bestehenden Klasse. Man hat in Marburg nicht nur um den wahren Sachverhalt eine wahre Mauer von Lügen errichtet, sondern der Prof. Kapp hat noch den Hohn dazugefügt und in niederträchtiger Weise die Studenten wegen ihrer Wortfäden gerühmt. (Vizepräsident Bell rügt diesen persönlich verletzenden Angriff gegen einen in Thale befindlichen Professor.) Dieser Professor hat sich um so schlimmer profiliert, weil es ohne Not geschah. (Lang anhaltender Lärm rechts. — Vizepräsident Bell bittet, den Redner zu Worte kommen zu lassen.) Ich frage den Minister, welche Entschädigung die Hinterbliebenen von Thale erhalten sollen? (Beifall Beifall links, Anrufe rechts.)

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Die Reichsjustizverwaltung ist bereit, Mithände abzuhelfen, soweit es ihr möglich ist. Die Vorwürfe der beiden Redner werden nachgeprüft (!) werden. Der Fall Hauptmann Pfeffer gehört nicht in mein Reichert, sondern in das des Reichswehrministeriums. Den Fall Runge habe ich schon in meinen geistigen Ausführungen behandelt. Die Enthüllungen der „Roten Fahne“ wurden nachgeprüft (!), wobei sich die Falschheit der Unterschritten bereits ergeben hat.

#### Abg. Dr. Rosenfeld (U. S. P.):

Die Ausführungen des Justizministers haben bewiesen, daß mit seiner Leitung keine Besserung des Justizwesens zu erwarten haben. Wenn noch irgendwo Leute leben, die wahr genug sind, in der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine Besserung der Klassenjustiz zu erwarten, so wird nach dieser Rede jede Hoffnung aufgegeben werden müssen. (Lärm der Rechten: Der schämt uns!) Ja, Sie schämt er. Der Minister hat versprochen zu prüfen, zu erwägen, zu ermitteln.

#### Das genügt nicht, wir wollen Taten sehen.

Es kommt auf den Geist an, der von der Reichsjustizverwaltung ausgeht. Solange an der Spitze des Justizwesens ein Mann sitzt, wie dieser Herr Heinze, solange ist eine Besserung nicht zu erwarten. (Sehr wahr! bei den U. S. P. und R. A. P.) Die Erklärung Ludendorffs, daß er den Verleumdungsplan nicht unterzeichnet habe, beweist gar nichts. Er hat das deutsche Volk während des ganzen Krieges belogen. (Sehr wahr! bei den U. S. P. und R. A. P. Entrüstungsrufe rechts.) Sein Wort gilt nichts bei uns. (Beifall Zustimmung bei den U. S. P. und R. A. P.) Wenn der Justizminister auf das Pflichtgefühl der Reichsbehörden verweist, so spielen wir auf solche Erklärung. (Sehr wahr! bei den U. S. P. und R. A.) Nach unseren Erfahrungen kann von solchem Pflichtgefühl nicht die Rede sein. (Der Präsident rügt den Redner.) Mithat in der Justiz sind so zahlreich festgestellt, daß man, wenn man die Wahrheit sagen will, aussprechen muß, daß benutzt das Recht geahndet wird, zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. (Der Präsident erteilt dem Redner einen Ordnungsruf.) Dem sogenannten Justizminister (Härmliche Entrüstung und Ruf-Rufe rechts, Dröhnungsrufe des Präsidenten). Ich kann auch sagen, dem Orgelminister (Sehr wahr! links). Ich kann auch sprechen von dem Minister.

#### Der die Mörder in Deutschland schützt.

(Sehr wahr! links.) Den sogenannten Justizminister beneide ich nicht um die Sitze, mit solcher Begründung die Justiz zu rechtfertigen. (Beifall Zustimmung bei den U. S.) Wir geben uns über den Charakter der Justiz keinen Aufschluß hin. Solange eine Klassenjustiz in Deutschland besteht, ist die Klassenjustiz selbstverständlich. (Sehr wahr! links.) Nach der Revolution ist die Klassenjustiz aber für die Arbeiterklasse untragbar geworden. (Sehr wahr! links.)

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht, der mit den Stimmen aller Bürgerlichen gegen die Stimmen aller Sozialisten angenommen wird. Abg. Adolf Hoffmann stellt fest, daß Abg. Vesi nicht das Schlusswort hatte und daß jenseitig die Debatte durch Minister Heinze wieder eröffnet ist, daß keine Partei jetzt noch das Schlusswort bekommen müsse. — Präsident Lohde erteilt dem Abg. Kochen (Komm.) das Schlusswort, worauf die Rechte stuhlarartig den Saal verläßt. (Anrufe links, Lärm Adolf Hoffmann: Nehmen Sie doch Heinze mit!)

Abg. Kochen (Komm.): Zu den barbarischen Taten der Noskegarden in Kamburg und Halle haben die Herren von der Rechten nichts zu sagen. Wir haben in diesen Fällen die Namen der Schuldigen den Behörden genannt, aber es ist nichts gegen sie geschehen. Der tiefere Grund all dieser Greuel liegt in der moralischen Verwilderung der Soldaten und Offiziere im Kriege. Herr Heinze hat sich heute als der Chef der Klassenjustiz demaskiert. All dem gegenüber hat das Proletariat die Pflicht zur Revolution. Die Wesseln der sozialen Revolution werden die Klassenjustiz und den Militarismus hinwegschwemmen.

Präsident Lohde erteilt dem Redner nachträglich wegen des Ausdrucks „Chef der Klassenjustiz“ einen Ordnungsruf. — Damit ist die Aussprache beendet.

In der Abstimmung werden die einzelnen Titel des Etats gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten, die Anträge Kadbruch (Soz.) auf Verlegung einer Uebersicht über die Kriegsverbrecher, auf Vergütung für die Referendare und auf Verlegung eines Gelehes, das den Frauen die Gleichberechtigung im Justizdienst gibt, gegen die Stimmen der Rechten angenommen, angenommen wird auch der interfraktionelle Frauenantrag auf Zulassung der Frauen zu juristischen Ämtern und Gleichberechtigung der Frau im Familienrecht.

# Inventur-Ausverkauf

Wer Geld sparen will, hat diese Woche noch Gelegenheit, seinen Bedarf sehr vorteilhaft einzudecken. Wir verkaufen die zum Inventurverkauf gestellten Waren zu fabelhaft billigen Serienpreisen. Um möglichst allen Besuchern zu dienen, haben wir aus den Beständen unseres Reservelagers alle Läden nochmals mit den begehrtesten Artikeln nachsortiert

Unser Inventur-Ausverkauf ist am Montag, den 31. d. M., beendet!

Winter-Artikel  
und Damen-Lanzschuhe  
Extra billig

# Stiller

Rest-Bestände  
und Gelegenheitsposten  
Extra billig



# Oberschlesier!

Die Frist zur Eintragung in die  
Stimmliste  
läuft in den nächsten Tagen ab!

**Eile tut not!**

Wer seine Photographie noch nicht beschafft und seinen Stimmantrag noch nicht vollzogen hat, wende sich sofort an die nächste

Ortsgruppe der Vereinigten Verbände  
heimattreuer Oberschlesier

falls er nicht bereits bestimmte Anweisung erhalten hat, die peinlichst befolgt werden muß.

Jetzt muß vor allem zunächst das Stimmrecht  
gesichert werden.

**Wer die Frist versäumt**

gibt sein Stimmrecht preis und übt damit

**Verrat am Vaterlande.**

**Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier.**



